

29. Oktober 2021
77. Jahrgang
Nr. 35/36

Einzelnummer: Fr. 4.–
Internet: www.vorwaerts.ch

Pflegeinitiative:
Der Gegenvorschlag des
Bundes wahrt die Inter-
essen der Arbeitgeber*innen.

3

Anti-Terror-Gesetz:
Menschen sollen schon bei
vagem Verdacht verwahrt
werden können.

5

Gut alt werden:
Eine grundlegende Verände-
rung in der Altersfürsorge
ist notwendig.

7

Graz:
Die Gründe des Erfolgs
der Kommunist*innen im
Interview erklärt.

9

vorwärts

die sozialistische zeitung.

Retouren:
vorwärts
Postfach 8423
8036 Zürich



An den EU-Grenzen werden Asylsuchende trotz Recht auf ein Asylverfahren oft von Grenzbehörden misshandelt und abgewiesen. Bild: Klaus Petrus

Positionen

Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) wird das Referendum gegen die Aufstockung der Beiträge von 14 auf 61 Millionen Franken pro Jahr für die EU-Grenzschutzagentur Frontex unterstützen. Der definitive Beschluss dazu wird am Parteitag vom 6. und 7. November gefällt werden. Seit Jahren ist bekannt, dass an der sogenannten EU-Aussengrenze die Rechte der Geflüchteten mit den Füßen getreten werden und massive Gewalt angewendet wird. So soll verhindert werden, dass Menschen, die vor Krieg, Elend und Hunger flüchten, «zu uns» kommen. Mit dem Beschluss des Parlaments wird diese menschenverachtende Praxis zusätzlich unterstützt. Wie beschämend für ein Land, dass sich so gerne auf seine humanitäre Tradition beruft.

Die PdAS setzt sich für eine aufnahmefreundliche und solidarische Politik mit den Opfern dieser kapitalistischen Weltordnung ein. Wir stehen ein für eine offene Asylpolitik, die menschenwürdige Lebensbedingungen und eine geregelte Aufenthaltsbewilligung für Menschen auf der Flucht garantiert. Wir sind entschieden gegen die militärische Absicherung der Grenzen, die vor allem der Rüstungsindustrie und der politischen Agenda der rechtsextremen Parteien dient. Daher ruft die PdAS auf, das Referendum zu unterstützen.

PARTEI DER ARBEIT
DER SCHWEIZ

Pushbacks und Geldsegen

dab. Trotz illegalen Zurückweisungen und Menschenrechtsverletzungen wollen Bundesrat und Parlamente den jährlichen Beitrag an die EU-Grenzschutzagentur Frontex um mehr als das Vierfache erhöhen. Das Referendumskomitee verlangt «Bewegungsfreiheit statt Grenzgewalt für alle».

National- und Ständerat sprachen mehr Geld für die Grenzschutzagentur. «Gegen erbitterten Widerstand der Ratslinken» (O-Ton sda) gaben sie grünes Licht für die Erhöhung des jährlichen schweizerischen Beitrags von 14 auf 61 Millionen Franken. Auch mehr Personal soll der Bund laut der neuen Gesetzesvorlage in Zukunft zur Verfügung stellen. Eine Erhöhung des Kontingents für Resettlement-Flüchtlinge, die die Schweiz in Zusammenarbeit mit dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge UNHCR aufnimmt, auf mindestens 4000 Personen pro Jahr lehnten beide Kammern ab. Die in der Schlussabstimmung angenommene Vorlage enthält auch «humanitäre Ausgleichsmassnahmen» im Asylrecht, die der Ständerat eingebracht hat: Die Rechtsmittel der Asylsuchenden sollen gestärkt und die Unterstützung bei Beschwerdeverfahren ausgeweitet werden.

Viel Kritik an der Agentur

Trotz der ständigen Erweiterung des Mandats und der kontinuierlichen budgetären Aufstockung (von 19 Millionen Euro 2006 auf 460 Millionen Euro 2020) unterstützt Frontex laut des aktuellen Berichts des EU-Rechnungshofs die EU-Mitgliedstaaten nur unzureichend beim Schutz der EU-Aussengrenzen. Der geleistete Beitrag reiche nicht aus, um «illegale Einwanderung und grenzüberschreitende Kriminalität» zu stoppen, heisst es im Bericht zum Zeitraum Ende 2016 bis Anfang 2020. Zudem setze Frontex das Mandat von 2016 nicht vollständig um. Informationen würden nur lückenhaft und uneinheitlich ausgetauscht, Daten für die Analyse von Risiken und Schwachstellen seien weder vollständig noch von guter Qualität.

Frontex steht auch von linker und humanitärer Seite unter Druck wegen vielen illegalen Zurückweisungen von Flüchtlingen in Zusammenarbeit mit nationalen Grenzpolizeien. Dabei geht es vor allem um Migrant*innen, die über die Türkei und Griechenland nach Europa gelangen wollen. Wegen der schleppenden Aufklärung kamen insbesondere aus dem EU-Parlament wiederholt Forderungen nach dem Rücktritt des Frontex-Chefs Fabrice Leggeri. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie Borderviolence.eu, Abolishfrontex.org und Front-lex.eu dokumentieren die Schandtaten der Agentur und fordern ihre Abschaffung.

Zum ersten Mal in der Geschichte der europäischen Agentur wurde Ende Mai gegen sie eine Klage wegen Menschenrechtsverletzungen beim Europäischen Gerichtshof eingereicht. «Frontex hat es versäumt, trotz schwerwiegender, systematischer und weit verbreiteter Verletzungen der Grundrechte nach EU-Recht seine Operationen in Griechenland einzustellen», kommentiert die Webseite front-lex.eu.

Vergleich mit US-Mauer

In den Parlamentsdebatten rund um Asylpolitik und EU-Aussengrenzen im Zusammenhang mit Geschäft Nummer 20.064 des Bundesrats wurde heftig diskutiert. Die Ständeräte Daniel Jositsch (SP ZH, Kommissionsprecher) und Olivier François (FDP/VD) verglichen die Tätigkeit von Frontex an den Schengen-Aussengrenzen mit der US-Mauer gegen Mexiko. François führte aus, der Besuch einer Delegation der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats (SIK-S) bei Frontex in Griechenland habe die Frage aufgeworfen, wie die Menschen, die

tatsächlich Flüchtlinge seien, nach Europa kommen könnten. Finanzminister Ueli Maurer entgegnete, Schengen sei nicht ein Projekt für Asylpolitik, hier gehe es um die Frage der Sicherheit. Die Frage sei die Erhöhung des Schweizer Beitrags: «Es ist unbestritten, dass an allen Grenzen mit Flüchtlingen menschliches Leid entsteht. Es geht aber nicht darum, die Welt zu verbessern, sondern darum, die Sicherheit zu erhöhen.»

Bundesrat Maurer hielt auch im Nationalrat den Kritiker*innen eher scheinheilig entgegen, der Ausbau des Engagements der Schweiz diene neben der Gewährleistung der Sicherheit auch den Grundrechten und der Transparenz. «Europa ist dabei, an den Aussengrenzen eine regelrechte Armee aufzubauen», begründete hingegen Nationalrat Fabien Fivaz (Grüne/NE) den Antrag auf Nichteintreten auf die Vorlage, «Frontex kämpft mit zahlreichen Problemen, Asylgesuche werden nicht korrekt behandelt, Flüchtlinge illegal zurückgeschickt, Stichwort Pushbacks.» Die Grünen scheiterten mit ihrem Antrag ebenso wie die SP mit einem Antrag auf Sistierung des Geschäfts, bis Frontex verschiedene Anpassungen als Reaktion auf Untersuchungsergebnisse des EU-Parlaments zu Grundrechtsverletzungen vorgenommen habe. Die Mitte-Fraktion war sich nicht einig und half mit, das Geschäft anzunehmen. Fraktionsprecherin Ida Glanzmann-Hunkeler (LU) stimmte Ueli Maurer zu und meinte, die Schweiz profitiere von vielen Vorteilen von Schengen: «Die Sicherheit der Schweiz wird unter anderem auch mit der Sicherheit der Schengen-Aussengrenze gewährleistet.»

Noch mehr Zwangsausschaffungen

«Mit diesen 61 Millionen soll Frontex die europäischen Aussengrenzen noch mehr abschotten und europaweit Sonderflüge für Zwangsausschaffungen beschleunigen», schreibt Migrant Solidarity Network (MSN). Die schweizerische NGO sagt ja zur Bewegungsfreiheit für alle, nein zu Geld für Frontex und startet zusammen mit anderen Organisationen das Referendum: Seebrücke Schweiz, Droit de Rester Neuchâtel, Solidarité sans frontières, ExilAktion, Sure*TU, Augenauf Zürich und Bern. Das sind noch nicht alle und es kommen noch mehr neu dazu, siehe www.migrant-solidarity-network.ch. Der Slogan der Kampagne lautet «Bewegungsfreiheit statt Grenzgewalt für alle».

Scheinheilige Alibiübungen

Weit über neunzig Prozent des Fernsehprogramms sind dazu da, die Bevölkerung zu unterhalten, einzulullen und in falscher Sicherheit zu wiegen. Ihr das Glücksrittertum, die Ungerechtigkeiten, Schurkereien und Täuschungsmanöver des Wettbewerbs sowie die sozialen Unterschiede mit gezinkten Informationen und mit emotionalen Sendungen, Shows und Geschichten schmackhaft zu machen und als Naturgesetzlichkeiten darzustellen. Die Leute zu gewinnen für Ablenkungen, pseudokritische Meinungen, scheinheilige Alibiübungen und für den Kampf gegen alles, was dem Kapitalismus, dem Imperialismus, der Konzernmacht und der «New World Order» im Weg ist.

Man suggeriert und brennt in Hirne und Herzen, Reiche seien auch nur Menschen mit Gefühlen, und es gebe da wie überall auch Gute und Böse. Und wenn sich die Armen brav und tüchtig anstrengen und das Herz am rechten Fleck hätten, dürften sie auch aufsteigen und sich am Reichtum beteiligen. So werden die Menschen zu nützlichen Rädchen im Getriebe, zu Manipuliermasse und Wegwerfware.

DAMIAN BUGMANN

Online-Ratgeber für Lernende

Mehr als 400 ausführliche Einträge zu Rechten und Pflichten in der Berufslehre und zum Schutz der Lernenden: Das bietet der neue Online-Ratgeber des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) «Ich kenne meine Rechte». Die Texte sind in klarer und verständlicher Sprache verfasst, von Fachjurist*innen geprüft und durch Hinweise auf nützliche Websites sowie Gesetze und Verordnungen ergänzt. Arbeitszeiten, Urlaub oder Mobbing: Wenn Lernende ihre Rechte kennen, können sie diese besser durchsetzen und so die Qualität ihrer Ausbildung verbessern.

Wie lange darf ich pro Tag arbeiten? Welche Regeln gelten für Nacht- und Sonntagsarbeit? Wie soll ich auf Mobbing oder sexuelle Belästigung reagieren? Wo kann ich Hilfe bekommen? Der Ratgeber der SGB-Jugendkommission liefert die für die Berufsbildung geltenden Antworten, ergänzt durch hilfreiche Verweise auf Ämter, Beratungs- und Hilfsangebote sowie auf die einschlägigen Rechtstexte. Ein besonderes Augenmerk wurde auf eine klare Sprache gelegt, damit die Texte für ein breites Publikum verständlich sind. Alle Angaben wurden von auf Arbeits- und Ausbildungsrecht spezialisierten Anwält*innen geprüft.

DER SGB-RATGEBER IST UNTER WWW.RECHTE-DER-LERNENDEN.CH ONLINE VERFÜGBAR

Nächste Ausgabe

Am Wochenende vom 6. und 7. November findet in Monthey der Kongress der Partei der Arbeit statt. Parteitag und Produktion der Zeitung am gleichen Wochenende überfordert leicht unsere Kräfte, nicht zuletzt deswegen, weil die Hälfte der Redaktion am Parteianlass im Wallis sein wird. Kurz: Die nächste Ausgabe des *vorwärts* verschiebt sich um eine Woche nach hinten und erscheint am 19. November. Wir danken für das Verständnis.

REDAKTION VORWÄRTS

Verschärfter Pflegenotstand

flo. Nach bald zwei Pandemie Jahren, in denen der bürgerliche Staat nichts unternommen hat, um die Lage der Pflegekräfte zu verbessern, verschärft sich der Massenexodus aus dem Beruf.

Und plötzlich standen die Leute auf dem Balkon und klatschten. Schon damals wussten wir beim *vorwärts*: Das reicht nicht! Es geht beim Kampf um bessere Bedingungen in den Pflege- und Gesundheitsberufen nicht einfach um gesellschaftliches Prestige und Anerkennung. Es geht nicht um einen Klaps auf die Schulter und einen warmen Händedruck – es geht darum, zu verhindern, dass Pflegekräfte die eigene Gesundheit ruinieren müssen, um ihre Mitmenschen zu pflegen. Im Coronajahr 2020 haben mehr als 2000 Pfleger*innen ihren Beruf verlassen. Bis 2030 wird es nötig, 65 000 zusätzliche Pflegekräfte auszubilden. Aktuell fehlen 11 700 Pfleger*innen.

Die Folgen: Mehr Stress, mehr Fehler, die sich beim Personal einschleichen, und eine insgesamt schlechtere Gesundheitsversorgung. Obwohl also alles darauf hindeutet, dass es nicht nur dumm, sondern selbstzerstörerischer Wahn ist, weiterhin die Pflegearbeit zu prekarisieren, kämpft das Bürgertum mit verzweifelt schlechten Argumenten gegen die aktuelle Pflegeinitiative: Es sei Unfug, eine einzelne Berufsgruppe in die Verfassung zu schreiben (obwohl Direktzahlung für Bauern und das Hausarztmodell ja bereits in der Verfassung genannt werden), liess beispielsweise SVP-Nationalrätin Bircher verlauten.

Keine Chance für die Gegenseite

Die schwachen Argumente der Bürgerlichen scheinen für einmal aber nicht zu verfangen. Nur 15 Prozent der Befragten bei einer Umfrage der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) gaben an, dass sie die Pflegeinitiative ablehnen wollen. Dem gegenüber stehen 78 Prozent, die die Initiative unterstützen wollen. Damit scheint die Pflegeinitiative für die Bürgerlichen kaum mehr abwendbar zu sein. Es wäre das erste Mal seit 1981, dass eine Gewerkschaftsinitiative in der Schweiz eine Mehrheit hätte. Dabei wird beim Kampf der Bürgerlichen gegen die Pflegeinitiative die absolute auf Kurzfristigkeit ausgelegte «Nach uns die Sintflut»-Haltung der Kapitalist*innen deutlich: Wir haben in den letzten zwei Jahren gesehen, dass gesundheitliche Notsituationen auch wirtschaftlich



Der Mangel an Pflegepersonal frisst Geld. Bild: zvg

nicht interessant sind (zumindest nicht, wenn man sich als ökonomischer Aasgeier gebärdet).

Ökonomisch nicht rational

So ist die Profitabilität von Schweizer Krankenhäusern stark gesunken. Wird man versuchen, diese Verluste durch weiteres Auspressen der Pfleger*innen wetzumachen, um damit weiterhin die Aktionär*innen von Spitälern zufrieden zu stellen, drohen noch viel grössere Gesundheitskosten: Mangelnde Qualität bei der Pflege und eine kleine Personaldecke sorgen für ein höheres Sterberisiko – mehr Erkrankungen, die mal akut waren, werden chronisch und damit zum laufenden Ausgabeposten. Das ist es, was den Kampf gegen die Pflegeinitiative so pervers macht: Er ist nicht einmal ökonomisch rational.

SIEHE ZU DIESEM THEMA TEXTE NEBENAN

Zum Zürcher Energiegesetz

Die Mitgliederversammlung der PdA Zürich vom 6. September 2021 beschloss leider, in meiner Abwesenheit, die Parole: Stimmfreigabe zum kantonalen Energiegesetz. Dies ist zu bedauern.

Mit der Gesetzesänderung wird das kantonale Energiegesetz an den heutigen Stand der Bautechnik angepasst. Es werden wichtige Weichen für die Reduktion der CO₂-Emissionen bei der Wärmebereitstellung und die Steigerung der Energieeffizienz gestellt. So werden bei Neubauten CO₂-neutrale Heizsysteme vorgeschrieben und auch der Einbau von Photovoltaikanlagen wird obligatorisch.

Beim Ersatz der Heizung in einem bestehenden Gebäude dürfen grundsätzlich, sofern die Wirtschaftlichkeit gegeben ist, nur noch erneuerbare Energien (einschliesslich Biogas) eingesetzt werden. Wenn die Kosten für die Erzeugung der Wärme aus erneuerbaren Energien über die ganze Lebensdauer (Investition, Amortisation, Betrieb und Unterhalt) um mehr als fünf Prozent höher würden als mit einer Heizung mit fossilen Brennstoffen, gilt die erleichterte Vorgabe, dass mindestens ein kleiner Anteil von zehn Prozent erneuerbare Energien eingesetzt werden. Diese Vorgabe kann mit einer standardisierten Sanierungsmassnahme (zum Beispiel Ersatz der Fenster) erfüllt werden.

Ziel dieser Massnahmen ist die Erfüllung der mit dem Pariser Abkommen übernommenen Verpflichtungen. In aller Regel sind die Betriebskosten einer Wärmepumpenanlage massiv tiefer als bei einer Öl- oder Gasheizung, eine Mietzinssteigerung aufgrund der um höchstens fünf Prozent höheren Investition wird bald durch die tieferen Heizkosten mehr als ausgeglichen. Bleibt die Problematik der Leerkündigungen, das heisst, dass der Hausbesitzer den Mietenden kündigt, alle Wohnungen dem neuesten Standard anpasst und mit massiv höheren Preisen wieder vermietet. Wohlgermerkt, das neue Energiegesetz wird erst wirksam, wenn die Heizanlage so oder so ersetzt

werden muss. Sollte die Erneuerung der Heizung eine Gesamtanierung der Liegenschaft nach sich ziehen, so hat das mit dem Energiegesetz nichts zu tun. Ein Schönheitsfehler der Energiegesetzes ist es, dass die Subventionen des Staates, die Hauseigentümer erhalten, auch fließen, wenn eine Gesamtanierung mit Leerkündigungen erfolgt. Die Subventionen hätten mit einem Verbot eines solchen Vorgehens verknüpft werden sollen. Da aber auch der Bund involviert ist, ist eine solches Verbot rechtlich nicht haltbar.

Die Jugendlichen vom Klimastreik Zürich haben an ihrer letzten Versammlung die Ja-Parole zum Energiegesetz beschlossen. Laut Sprecherin Hanna Fischer hat es dazu in der Bewegung keine kontroversen Diskussionen gegeben. Ein Hauptargument bei der Beschlussfassung der PdA zum CO₂-Gesetz, es wurde die Nein-Parole beschlossen, war, die PdA könne sich nicht in Opposition zur Bewegung der Klimajugend begeben. Jetzt stimmt die Jugend dem kantonalen Gesetz also zu und die PdA beschliesst Stimmfreigabe, grenzt sich also von der Jugendbewegung ab. Warum? Bleibt die Problematik mit dem kantonale Zürcher Mieterverband, der ebenfalls Stimmfreigabe beschlossen hat. Dazu das Zeugnis einer Exponentin des Schweizerischen Mieterverbandes. Auch Nationalrätin Jacqueline Badran bedauert, dass im Zusammenhang mit dem kantonalen Energiegesetz keine flankierenden Massnahmen beschlossen wurden, die die Auszahlung von Fördergeldern an die Hauseigentümer an einen Verzicht auf Leerkündigungen und Mietzinssteigerungen geknüpft hätten. Als Vorstandsmitglied des Schweizerischen Mieter*innenverbandes kann sie die Haltung des Zürcher Verbandes nachvollziehen, der fehlenden flankierenden Massnahmen wegen auf eine Ja-Parole zum Energiegesetz zu verzichten, findet den Entscheid aber inhaltlich falsch. Sie selbst stimme überzeugt mit Ja. Ich auch.

MARCO MEDICI, ZÜRICH

Soli-Schlemmen für den vorwärts

Nachdem uns die Pandemie 2020 einen Strich durch die Rechnung gemacht hat, ist es dieses Jahr wieder soweit: Das Soli-Essen für den *vorwärts* findet wieder statt und zwar am Samstag, 11. Dezember, im Mozaik in Zürich.

MENÜ

GEMÜSEROULADE
GARNIERT MIT SAISONALATE

HAUSGEMACHTE TAGLIATELLE
AL SUGO ROSSO

GESCHNETZELTES ALLA ZURIGHESI
ODER
AUBERSCHIENEN-POLPETTE (VEGI)
MIT POLENTA UND RATATOUILLE

KUCHENBUFFET

Im Solipreis von 100 Franken pro Person (Paare 180 Franken) ist das Apéro mit Prosecco und was so dazugehört inbegriffen.

Reservationen mit Angabe ob Fleisch- oder Vegi-Gericht an: redaktion@vorwaerts.ch

Wir danken euch für die wertvolle Unterstützung. Für den Anlass gilt die vorgeschriebene 3G-Regel.

Impressum

HERAUSGEBERIN:
Verlagsgenossenschaft *vorwärts*,
PdAS und ihre Deutschschweizer
Sektionen. Postfach 8230,
8036 Zürich,
PC: 40-19855-7.
Die Publikation erscheint
14-täglich.

REDAKTION:
vorwärts, Postfach 8230,
8036 Zürich
Tel. 044 241 66 77,
E-Mail: redaktion@vorwaerts.ch,
Redaktion: Damian Bugmann
(dab), Siro Torresan (sit), Sabine
Hunziker (sah), Florian Sieber (flo),
Laura Maiorano (lmt)

REGELMÄSSIGE MITARBEIT:
Roger Stettler, Marius Käch

ABONNEMENTE:
vorwärts, Postfach 8230, 8036
Zürich
abo@vorwaerts.ch
Jahresabo: 160.–
reduziert (AHV, Stud.): 110.–
Probeabo: 4 Ausgaben gratis

DRUCK:
Union Druckerei Berlin

Vorschlag gegen das Pflegepersonal

sit / Alois Seger. **Die Initiative «Für eine starke Pflege» kommt am 28. November zur Abstimmung. Bei einer Ablehnung tritt der Gegenvorschlag des Bundesrats in Kraft, der vom Parlament absegnen worden ist. Dieser lässt zur Freude der Arbeitgeber*innen zentrale Forderungen der Initiative aussen vor.**

«Die Qualität der Pflege in der Schweiz ist gefährdet. Derzeit sind 11 000 Stellen in der Pflege unbesetzt und bis 2029 braucht es weitere 70 000 neue Pflegenden. Zudem verlassen vier von zehn Pflegenden ihren Beruf frühzeitig», ist auf der Website pflegeinitiative.ch zu lesen. Ziel des Volksbegehrens «Für eine starke Pflege», das am 28. November zur Abstimmung kommt, ist es, diese Missstände zu beseitigen. Dies mit einer «Ausbildungsoffensive», durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Sicherung der Pflegequalität. Dass dies alles eine absolute Notwendigkeit ist, wissen alle spätestens seit Ausbruch der Pandemie. Daher die Frage: Wer hat ein Interesse daran, dass die Initiative scheitert und warum?

Eng verflochten

Die Antwort beginnt damit: Wird die Initiative abgelehnt, tritt der Gegenvorschlag des Bundesrats in Kraft, der vom Parlament absegnen wurde. So präsentiert sich die Ausgangslage im Abstimmungskampf so: In der einen Ecke des Rings steht das Pflegepersonal. In der Ecke gegenüber befinden sich die Berufsverbände der Arbeitgeber*innenseite, die oft eng mit den Ausbildungszentren der Gesundheitsberufe verflochten sind. So wie bei Xund, ein von den Arbeitgeber*innen und Betrieben getragener Verband und Bildungszentrum in der Zentralschweiz. Mit rund 2660 Lernende und Studierende, über 100 Mitarbeitende und 460 Dozierende ist Xund eines der grössten Bildungszentren für Gesundheitsberufe der Schweiz. Unter dem Xund-Dach befindet sich der Berufsverband mit Namen «Organisation der Arbeit» (OdA), der die Interessen von 264 Gesundheitsbetrieben der Zentralschweiz wahrnimmt und vertritt (siehe auch Artikel unten)

Eine Milliarde als «Schmiergeld»

Der Vergleich zwischen Initiative und Gegenvorschlag zeigt, warum sich die Arbeitgeber*innenseite für den Gegenvorschlag ausspricht – und somit gegen die Initiative. So verlangt die Initiative bei den Arbeitsbedingungen, dass der Bund «für anforderungsgerechte Arbeitsbedingungen» sorgt, wie auf der Website admin.ch informiert wird. Denkbar wäre somit die Festlegung eines Minimallohns auf Bundesebene für das Pflegepersonal. Davon will der Gegenvorschlag nichts wissen: «Arbeitsbedingungen und Löhne bleiben primär in Zuständigkeit der Kantone, Betriebe und Sozialpartner», hält der Bund fest. Ganz im Sinne der Branchenverbände. Gleiches bei der beruflichen Entwicklung, für dessen Möglichkeiten der Bund zuständig sein soll. So das Ziel der Initiative. Im Gegenvorschlag sollen die «Bildungsakteure zuständig für die Entwicklung der Berufsbilder» bleiben. Mit der Initiative können bei den Arbeitsbedingungen und bei der Ausbildung Minimalstandards- wie zum Beispiel eben ein Mindestlohn – gesetzt werden, die eingehalten werden müssen und dies passt der Arbeitgeber*innenseite nicht in den Kram. So einfach.

Wie wichtig die Hoheit in Sachen Arbeitsbedingungen und berufliche Entwicklung für die Kapitaleseite ist, zeigt Folgendes: Bei der «Ausbildungsoffensive», einen zentralen Anliegen der Initiative, sieht der Gegenvorschlag den Betrag von einer Milliarde Franken vor. Die Initiative lässt hingen die konkrete Umsetzung offen. Etwas böse ge-



Ja zur Pflegeinitiative! Sonst tritt der Gegenvorschlag des Bundes in Kraft, der ganz im Sinne der Gegenseite ist. Bild: unia.ch

sagt, ist diese Milliarde das «Schmiergeld», um den Gegenvorschlag der Bevölkerung schmackhaft zu machen. Klar ist, dass von diesem Geld die Bildungsinstitute und Betriebe der Gesundheitsbranche profitieren werden. Es erstaunt daher wenig, dass Xund unter anderem wegen der Milliarde den Gegenvorschlag als «ein geeignetes Mittel, um die Attraktivität der Pflegeausbildung zu steigern und zeitnah dem Fachkräftemangel zu begegnen» erachtet, wie es auf Anfrage schreibt. Und der Gegenvorschlag sei «pragmatischer und rascher umsetzbar».

Einfaches Fazit

Pragmatischer und rascher umsetzbar? «Das ist Augenwischerei. Die Initiative sieht vor, dass die Umsetzung innert vier Jahren erfolgen soll. Aber in den Übergangsbestimmungen ist explizit vorgesehen, dass der Bund bereits innert 18 Monaten erste Massnahmen gegen den Fachkräftemangel in der Pflege umsetzen muss», sagt Viviane Hösli, Zentralsekretärin der Gewerkschaft VPOD Zentralschweiz auf Anfrage. Und sie erinnert daran, dass ein Referendum gegen den Gegenvorschlag ergriffen werden kann. Wäre dies der Fall, würde die Umsetzung noch länger auf sich warten lassen.

Finanziert wird die Milliarde von Bund und Kantonen, und zwar jeweils zur Hälfte, wie Samuel Burri, Branchenverantwortlicher Pflege der Gewerkschaft Unia dem *vorwärts* erklärt. «Bei der Ausbildungsunterstützung, wie sie der Gegenvorschlag vorsieht, fliesst das Geld aber nur, wenn die Kantone ihren Anteil zusichern», führt Burri weiter aus. Ergo: «Der Gegenvorschlag tritt erst in Kraft, wenn die kantonalen politischen Prozesse abgeschlossen sind. Und dann erst können zusätzliche Pflegenden ausgebildet werden, was wiederum drei Jahre dauert. Der Gegenvorschlag wird die unmittelbare Situation der Pflegenden also nicht verändern.»

So ist das Fazit einfach: Während die Pflegeinitiative die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Pflegenden zum Ziel hat, werden mit Gegenvorschlag des Bundes die Interessen der Kapitaleseite wahrgenommen. Das Volk hat die Wahl.

(K)ein Thema in der Ausbildung

sit. **Der Kampf gegen die Pflegeinitiative wird von Branchenverbänden der Arbeitgeber*innen angeführt. Sie sind nicht selten eng mit Bildungszentren der Berufe im Pflegebereich verbunden. Wird in Sachen Pflegeinitiative Einfluss auf die Schüler*innen genommen? Der *vorwärts* fragte nach.**

Branchenverband und Bildungszentrum zugleich in Zürich ist die «Organisation der Arbeit Gesundheit Zürich» (OdA). Der Branchenverband besteht aus «Arbeitgeberverbände beziehungsweise -organisationen im Gesundheitswesen des Kantons Zürich» und «juristische Personen mit Sitz im Kanton Zürich, welche Zweck und Ziele der OdA unterstützen...». So zu lesen auf der Website der OdA.

In ihrem Kurszentrum in Zürich-Manegg werden überbetrieblichen Kurse für Lernende verschiedener Berufe im Gesundheitswesen durchgeführt. Hinzu kommt die Fachschule Z-INA, der grösste Bildungsanbieter der Schweiz in den Bereichen der Nachdiplomstudiengänge in Intensiv-, Notfall- und Anästhesiepflege. Bisher scheint die Initiative in den Schulklassen kein Thema gewesen zu sein. Dies bestätigen zwei Lernende dem *vorwärts*, die zwei verschiedenen Bildungsangebote der OdA besuchen. Auf Anfrage bestätigte der Branchenverband, dass er «keine Position» zur Initiative beziehe. Eine Tatsache, die doch überrascht, angesichts dessen, was auf dem Spiel steht.

Formale Auseinandersetzung

Xund ist in der Zentralschweiz praktisch das Pendant der Zürcher OdA (siehe Artikel oben). Bei Xund fand eine «interne Diskussionsrunde mit Mitarbeitenden» statt, wird auf Anfrage erklärt. Und: «In der Ausbildung findet eine formale Auseinandersetzung mit der Initiative statt: Erläuterung der Inhalte der Initiative und des indirekten Gegenvorschlags, jedoch keine Wertung.» Öffentliche Diskus-

sionsrunden sind nicht vorgesehen. Der *vorwärts* kontaktierte eine Schülerin, die eine der Bildungsangebote von Xund besucht. Die Initiative sei in der Klasse «nur kurz» behandelt worden. Ihrem Empfinden nach, sei es «eher Richtung Nein» zur Initiative gegangen. Die Lehrperson habe ihre persönliche Meinung nicht geäussert.

Informationsveranstaltung

Eine etwas anderen Weg geht das Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt (BZG). Auf Anfrage dieser Zeitung wird bestätigt, mit dem Schweizerischen Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) «in Kontakt» zu stehen. Gleichzeitig wird betont: «Als Bildungsinstitution im Gesundheitswesen unterstützen wir Anliegen der Pflege, nehmen jedoch offiziell keine Stellung dazu.» In der Ausbildung wird die Pflegeinitiative «im Rahmen der Berufsbildung im Unterricht thematisiert.» Auch wird an der Schule informiert. So fand am 19. Oktober über Mittag eine Informationsveranstaltung statt, an der rund 100 Schüler*innen teilnahmen. Dies wurde dieser Zeitung von einer Schülerin bestätigt, die am Anlass teilnahm. Sie sagte weiter: «Die Initiative wurde nicht im Lehrplan aufgenommen. Doch sie wurde je nach Dozent*in im Klassenunterricht immer wieder angeschnitten.»

Der Unterschied zwischen BZG, Xund und OdA Gesundheit Zürich? Das BZG gehört organisatorisch zum Erziehungsdepartement Basel-Stadt und ist somit eine staatliche Schule. So einfach.

Einfluss und Demokratie



Die Rechercharbeiten für die beiden auf dieser Seite veröffentlichte Artikel zur Pflegeinitiative, die am 28. November zur Abstimmung kommt, waren sehr spannend. Vor allem aber waren sie lehrreich, zumindest für mich. So erfuh ich über die teilweise sehr enge Verflechtung der Arbeitgeber*innen durch ihre Branchenverbände mit der Berufsausbildung. Diese erfolgt mit Konstrukten wie «Xund» in der Zentralschweiz oder die «Organisation der Arbeit Gesundheit Zürich» (OdA). Niemand zweifelt daran, dass die Arbeitgeber*innen sich stark für eine qualitativ hochwertige Ausbildung einsetzen und ihren wesentlichen Anteil an ihr haben.

Trotzdem sind Fragen erlaubt. Zum Beispiel: Welche Interessen können die von den Branchenverbände der Arbeitgeber*innen geführten Ausbildungszentren daran haben, die Schüler*innen über die gewerkschaftliche Rechte aufzuklären? Wir Linke sehen dies als Teil einer guten Grundausbildung, die Kapitaleseite wohl weniger. Und was für Interessen können sie haben, die so genannten Sozialpartner*innen als solche auch ernsthaft wahrzunehmen und zum Beispiel bei der Gestaltung des Lehrplans einzubeziehen? Von Bedeutung ist auch folgende Frage: Wie stark ist der politische Einfluss bei Abstimmungen, die wie bei der Pflegeinitiative direkt das Personal betrifft und somit auch die Schüler*innen der verschiedenen Bildungsangebote? Natürlich wird dem Lehrpersonal nicht befohlen, den Schüler*innen zu sagen, sie sollen gegen die Pflegeinitiative stimmen. Richtig ist aber auch, dass wenn die Ausbildung alleinige Sache des Staates wäre, sich die Frage nach der Einflussmöglichkeit der Arbeitgeber*innen gar nicht stellen würde, denn sie würde – zumindest theoretisch – demokratisch definiert und kontrolliert werden.

Blieben wir bei der Initiative «Für eine starke Pflege»: Wird sie abgelehnt, tritt der Gegenvorschlag des Bundesrats in Kraft. In diesem haben sich die Interessen der Arbeitgeber*innen in zentralen Aspekten klar durchgesetzt. So zum Beispiel bei den Arbeitsbedingungen: Während die Initiative nationale Regelungen anstrebt, vielleicht gar ein festgelegter Mindestlohn als Ziel haben könnte, will die Kapitaleseite davon nix wissen. Daher sieht der Gegenvorschlag auch keine Regelung bei den Arbeitsbedingungen vor. Im Verlauf der oben erwähnten Rechercharbeiten wurde Folgendes immer deutlicher: Der Klassencharakter der Abstimmung. Und so festigte sich in meinem Kopf immer mehr folgendes Bild: In der linken, roten Ecke des Kampfrings das Pflegepersonal, in der gegenüberliegenden blauen Ecke die Branchenverbände der Betriebe des Gesundheitswesens. Entscheiden über Sieg oder Niederlage wird das Stimmvolk – und in beiden Ecken wird vieles dafür getan werden, um sich die Gunst von Frau und Herrn Eidgenosse zu sichern. Ergo: Je grösser die Einflussmöglichkeiten ...

«Beste Armee» kauft Schrott

flo. Die Armee kämpft mit Fachkräftemangel im IT-Bereich. Das wirkt sich auch finanziell aus. Und es zeigt grundlegende Probleme bei der Organisation von Projekten und dem Beschaffungswesen in der Armee. Von der «besten Armee der Welt» und ihren Rohrkrepiern.



Die Schweizer Armee verrechnete sich beim Budget für den IT-Bereich. Bild: admin.ch

Informatiker*innen sind gesucht. Mit entsprechender Erfahrung und passender Weiterbildung scheinbar auch als Armeechefs. So hat der aktuelle Chef der Armee einen Hintergrund als ausgebildeter Programmierer. Wer also könnte besser geeignet sein, um die Schweiz vor den Gefahren des «Cyberkrieges» zu schützen, wie es in den Lageeinschätzungen der Armee gefordert wird, als Thomas Süssli? Doch beim Projekt ein spezielles Kommando für diese Aufgabe zu schaffen, scheinen jetzt die Kosten völlig aus dem Ruder gelaufen zu sein. Unter dem eidgenössisch diplomierten Wirtschaftsinformatiker wurde das Budget für Informatik um 100 Millionen überzogen. Die Informatikdienste der Armee machen so mittlerweile 10 Prozent der Kosten des Gesamtbudgets aus. Oder in Zahlen: 460 Millionen Franken. Und es war eine Fehlkalkulation mit Ansage. Schon 2020 wurde

deutlich, dass man im Informatikbereich überziehen werde. In der Sicherheitskommission des Nationalrats will man diese Version der Geschichte aber nicht so recht glauben. Wie soll es möglich sein, dass die Armee ihr Überziehen des Budgets im Bereich Informatik nicht kommen sah? Seit Jahren ist klar, dass jedes moderne Funkgerät, jeder Panzer, jeder Helikopter fachkundiges IT-Personal zur Wartung braucht. Nicht nur die Arbeitswelt, auch der Krieg wurde digitalisiert.

Bei der Munition sparen

Damit man trotz Kostenüberschreitung die Informatikdienste aufrechterhalten kann, wird nun umgelagert. So spart man bei der Munition und bei anderem Material. Mit dem Kauf von weniger Munition wird die Armee ein weiteres Informatikproblem aber nicht gelöst bekommen, weswegen manche Informatikprojekte trotz Budgetverschiebungen auf Eis gelegt werden mussten. Laut Armeesprecher Stefan Hofer fehlen rund 100 Informatiker*innen, um den Bedarf des Militärs zu decken. Auch dies ist einer der Gründe für die Kostenexplosion. So muss die Armee aktuell Informatiker*innen von Drittfirmen bezahlen, um ihre IT-Aufgaben gelöst zu bekommen.

Peinlich für Süssli ist aber vor allem, dass die Probleme, die die Armee aktuell in Sachen IT-Support hat, nicht nur hausgemacht sind. Sondern: Süssli stand vor seinem Posten als Armeechef der Führungsunterstützungsbasis (FUB) vor. Die FUB betreut die Informatikdienste der Armee. Süssli muss also mit der Kostenentwicklung in Sachen Informatik bestens vertraut gewesen sein. In den Schweizer Tageszeitungen wurde letztes dann auch spekuliert, ob da versucht wird, Probleme unter Verschluss zu halten, um dann die Millionenlücken mit Budget-

Nachträgen zu stopfen. Das wurde aber von der Vorsteherin des Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) Viola Amherd abgelehnt. Tatsächlich scheint die Armee aktuell sogar mit noch höheren Kosten von bis zu 600 Millionen für die Informatik zu rechnen.

Fragwürdiges Projektmanagement

Ein grosser Posten, der bei den Mehrkosten auf die Armee zukommt, scheint das Projekt Fitania, das Informations- und Kommunikationstool für Notlagen und Krisen zu sein. Schon 2017 warnte die WoZ vor den finanziellen Risiken des 3,8 Milliarden-Franken-Projekts. Die Rede war von «grössenwahnsinnigen» Dimensionen. Auch die Finanzkontrolle warnte schon 2012 vor einem Debakel. Und tatsächlich scheint die Schweizer Armee immer und immer wieder das Augenmass zu verlieren, wenn es um Projekte zur Beschaffung von Programmen oder neuem Material geht. Anders lassen sich die zusammengerechnet milliardenschweren Rohrkrepiere kaum erklären. Es gibt historische Fälle von Fehlkalkulation und Misswirtschaft im militärischen Beschaffungswesen, die sich im Bewusstsein der Bevölkerung festgesetzt haben, wie der Mirage-Skandal. Bei diesem Skandal (ein Muster, das in Bezug auf aktuelle Rüstungsprojekte bekannt vorkommen dürfte) wurden Zusatzkosten unterschlagen und nicht kommuniziert, damit die Anschaffung von mehr Kampfflugzeugen genehmigt wird.

Doch nicht nur bei den Preisen tut sich die Armee schwer – auch die Qualität des Materials, das so teuer angeschafft wird, ist oft von mehr als fragwürdiger Qualität. Ein aktuelles Beispiel ist der Mörser 16, dessen Anschaffung zum Debakel verkommt. Die Probleme begannen schon bei der Ausschreibung, bei der das Rüstungsbeschaffungsunternehmen Armasuisse im Schnelllauf die Kriterien für den Auftrag so formulierte, dass GDELS-Mowag aus Kreuzlingen ein Schweizer Unternehmen den Zuschlag bekam. Die eidgenössische Finanzkontrolle rügte deswegen erneut die Armee. Doch auch die Qualität des Mörsers gibt Anlass zu Debatten. 2016 nahm das Parlament einen 404 Millionen-Franken-Kredit für den Mörser an. Kurz später belegte ein Bericht schwere Mängel beim Mörser. Zwar hatte das VBS die technischen Probleme geflissentlich ignoriert und das Material für offiziell «truppentauglich» erklärt, doch interne Berichte zeichnen ein anderes Bild: Der Mörser kann, weil das nach oben gerichtete Rohr keinen Deckel hat, nur bei schönem Wetter abgeschossen werden, da sonst die Munition nass würde und Fehlzündungen wahrscheinlicher würden. Bei schönem Wetter sieht man dafür das silbrig-glänzende Rohr des Mörsers auf Kilometer, wenn es das Sonnenlicht reflektiert. Und auch beim Mörser gibt es digitale Probleme. So muss die Software des Mörsers vollständig aus- und wieder eingeschalten werden, wenn man das GPS des Mowag-Schützenpanzers (der Mörser 16 nutzt den Schützenpanzer als Plattform) ausschaltet.

Armee und Industrie verschmolzen

Dass das Rüstungsbeschaffungswesen in der Schweiz so dermassen offen schlampig organisiert wird, hat aber gute Gründe, die gerade wir Marxist*innen nicht ignorieren dürfen. In den seltsamen und unglaublich teuren Anschaffungsprojekten der Armee zeigt sich eine Verschmelzung des Staates im Gewand der Armee und der Rüstungsindustrie, wie es in Lenins Schriften zum Imperialismus bereits beschrieben wurde. Die Armee hat in diesem Kontext nicht einfach nur die Aufgabe sich um die Landesverteidigung zu kümmern, sie nimmt zusätzlich eine verschleierte Funktion als Nachfragelieferantin für das hochprofitable Rüstungsgeschäft ein. Das Gefüge zwischen militärischem und industriellem Block ist komplex und kaum durchschaubar. Die Folge dieser Beziehung sind unsinnige Rüstungsbeschaffungsprojekte, bei denen mit Steuergeldern Ramsch gekauft wird, solange man damit hiesigen Wirtschaftsspitzen zudienen kann. Ob die Armee mit diesem System in der Rüstungsbeschaffung weiterfahren kann, darf bezweifelt werden: Kürzlich sprach sich Ex-Armeechef Blattman gegen die Anschaffung des F-35 Kampfflugs aus – er befürchtet, dass durch überbordende Beschaffungsprojekte die Kernaufgaben der Armee nicht mehr finanzierbar seien.

INSERAT

für eine revolutionäre Perspektive

spiess umdrehen:
dem kapitalismus
den prozess machen!

veranstaltungen
jeweils im volkshaus zürich

frontline rojava
12.11. / 19:00

covid, krisen &
revolution
14.11. / 16:00

prozess
gegen andi
bundesstrafgericht
bellinzona, 18.11.

mehr infos:
aufbau.org

AUFBAU

Missachtung von Menschenrechten

dad. Das neue Anti-Terror-Gesetz (PMT) ist noch nicht in Kraft. Im Bundeshaus wird trotzdem eine neue Verschärfung vorbereitet: Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SIK-N) will auf vagen Verdacht hin «staatsgefährdende Personen» vorsorglich verhaften können.

Mitte Juni wurde das Gesetz «Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus» (PMT) von der Stimmbewölkerung angenommen. Noch bevor es in Kraft ist und die Justizbehörden damit Erfahrungen sammeln können, prescht die Rechte vor. Sie will eine weitere «haarsträubende Verschärfung» (WOZ): die «gesicherte Unterbringung von staatsgefährdenden Personen». Man will mehr Kompetenzen, um an mehr Informationen und Verdächtige heranzukommen, auch wenn damit die Grund- und Menschenrechte der breiten Bevölkerung gefährdet und missachtet werden. Schon für die Verschärfungen im PMT-Gesetz brachten Bundesrat und Befürworter*innen das Argument vor, man habe zu wenig Kompetenzen, um Straftäter*innen zu überführen.

Mehr Heu muss her!

In der Wirklichkeit aber waren Fälle bekannt geworden, in denen die Untersuchungsbehörden wichtige Hinweise auf bevorstehende terroristische Taten ignoriert hatten. Es wurden nicht einmal die konventionellen Methoden der Auswertung von öffentlich zugänglichen Quellen wie Leser*innenbriefe, Webseiten und Soziale Medien genutzt, um die Gefährlichkeit von potentiellen Delinquent*innen zu beurteilen. Deshalb brachten die Gegner*innen im Abstimmungskampf um das PMT-Gesetz ein schönes Bild ins Spiel: In einem Heuhaufen ist eine Nadel verloren gegangen, man sucht aber nicht systematisch und findet sie deshalb nicht. Also fordert man mehr Heu, weil man sich davon mehr Erfolg bei der Suche verspricht.

Lüge als Pro-Argument

Den Bürgerlichen ging die bereits seit langem bestehende Möglichkeit der Strafbarkeit von Vorbereitungshandlungen zu wenig weit, also musste mehr Heu, sprich ein Gesetz mit einem Mehr an Kompetenzen zur Untersuchung breiterer Bevölkerungskreise her. Im PMT-Abstimmungskampf wurde dann ironischerweise von Bundesrat und Befürworter*innen eine Lüge als Pro-Argument aufgetischt: Die Bestrafung von Vorbereitungshandlungen sei laut geltendem Recht nicht möglich, den Behörden seien die Hände gebunden. Deshalb müsse das neue PMT-Massnahmenpaket in Kraft gesetzt werden. Erweiterte Kompetenzen für Zwangsmassnahmen für die Bundespolizei (Fedpol) ohne Verdacht auf eine Straftat und ohne richterliche Prüfung wurden im PMT-Gesetz verankert: Kontaktverbot, Rayon- und Ausreiseverbot, Fussfessel und Hausarrest, zum Teil können bereits Zwölfjährige mit Zwangsmassnahmen bestraft werden.

Diese Zwangsmassnahmen sind mit massiven Einschränkungen der Grundrechte verbunden, etwa der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privat- und Familienlebens sowie auf Arbeit und Bildung. Dass die präventiven Massnahmen auch gegen Kinder ab zwölf Jahren zum Einsatz kommen können, steht im Widerspruch zur UNO-Kinderrechtskonvention.

Keine befriedigende Antwort

Die Menschenrechtskommissarin des Europarats bezeichnete letztes Jahr die im PMT festgehaltenen Massnahmen als «übermässigen und willkürlichen Eingriff in die Menschenrechte». Und: «Keine unserer Empfehlungen in unserem 16-seitigen offiziellen Brief an den Bundesrat wurden in der Gesetzesvorlage berücksichtigt», betonten die zuständigen UN-Menschenrechtsexperten. «Der Bundesrat gab keine befriedigende Antwort auf unsere Einwände gegen die Unvereinbarkeit der Vorlage mit den Menschenrechten und mit der optimalen Vorgehensweise in Sachen internationale Antiterror-Massnahmen.»

Der in der Gesetzesarbeit und im «Volkswillen» ebenfalls nicht berücksichtigte, siebenseitige Offene Brief von sechzig Schweizer Rechtsprofessor*innen an Bundesrat und Parlament hielt fest, dass polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus unbedingt menschenrechts- und verfassungskonform zu sein haben.

Die heftige Kritik von internationalen Institutionen, Menschenrechtsorganisationen und Vertreter*innen der akademischen Forschung seien keine «politische Stellungnahmen» oder «persönliche Meinungen», sondern «das Ergebnis ernsthafter und ver-

tiefter juristischer Analysen». Staatliches Handeln in diesem Bereich habe «in Anbetracht der inhärenten Risiken einer «Null-Risiko-Politik» mit grösster Vorsicht zu erfolgen.»

Versuchte Brandstiftung

Nationalrat Mauro Tuena (SVP Zürich), Autor der parlamentarische Initiative, und die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SIK-N) argumentieren für die neuste Verschärfung mit einem kürzlichen Fall: Ein Mann war 2020 in U-Haft und gestand eine versuchte Brandstiftung an einer Tankstelle. Die Waadtländer Ermittler stellten beim türkisch-schweizerischen Doppelbürger einen dschiadistischen Hintergrund fest, die Bundesanwaltschaft übernahm den Fall. Dank eines psychiatrischen Gutachtens wurde er im Juli aus der Haft entlassen unter den Auflagen nächtlicher Ausgangssperre, Meldepflicht und Waffentragverbot. Kurz darauf stach er in einem Kebab-Lokal einen Gast nieder. Solche Fälle will man mit einer grosszügig angewandten vorsorglichen Verhaftung in Zukunft verhindern. Wieder muss mehr Heu her.

Terrorismusbegriff breit halten

Mauro Tuena ist in seiner Parlamentarischen Initiative der Meinung, auch das noch nicht in Kraft getretene PMT hätte dieses Delikt nicht verhindern können: «Nur eine gesicherte Unterbringung solcher staatsgefährdenden Personen kann unserer Bevölkerung den Schutz bieten, auf den sie Anrecht hat. Unser Land darf auch kein Planungs- oder Rückzugsort für Terroristen sein, die in anderen Ländern zuschlagen möchten.» Wieder werden übermächtige Feindbilder konstruiert und in einer unersättlichen Gier weitere scharfe Massnahmen gefordert, die Grund- und Menschenrechte verletzen. Der SIK-N geht es nicht nur um eine Verschärfung des Gesetzes, sondern auch darum, den Begriff Terrorismus möglichst breit zu halten. Darum hat sie sich gegen einen Antrag auf eine spezifischere Definition des Begriffs entschieden, da eine solche Definition nicht im Sinne des PMT sei. Die Kommission will laut eigener Aussage «eben gerade auch die Verfolgung gewaltfreier terroristischer Aktivitäten möglich machen.»



Noch keine Vorlage

Links im Parlament kommen diese Entscheide und Begründungen der Kommission nicht gut an. Die grüne Nationalrätin Marionna Schlatter kommentiert auf Twitter: «Eine bestechende Ehrlichkeit und die Bestätigung der Befürchtungen: Entgegen den Aussagen von KKS (Bundesrätin Karin Keller-Suter) im Abstimmungskampf wird mit dem PMT die Definition von Terrorismus ausgeweitet.»

Doch die Mehrheit der SIK-N betrachtet die parlamentarische Initiative von Tuena als sinnvolle Neuerung und hat mit 15 gegen 10 Nein-Stimmen beschlossen, sie zur Stellungnahme an die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats (SIK-S) und an die Kommission für Rechtsfragen des Ständerats (RK-S) weiterzugeben. Eine Gesetzesvorlage wurde noch nicht erarbeitet.

Menschen sollen nach dem Willen der SVP und der SIK-N auf vagen Verdacht hin verhaftet werden. Bild: zVg

Gewalt runtergespielt

sit. Das Staatssekretariat für Migration hat die Resultate des Berichts der Untersuchung zur Gewalt in den Bundesasylzentren veröffentlicht. Die Untersuchung bleibt an der Oberfläche, berücksichtigt Realitäten der Geflüchteten nicht und erntet daher scharfe Kritik.

Gehen Sie weiter, hier gibt es nichts zu sehen – setzen wir Polizeibeamt*innen anstelle der Securitas ein, wird alles besser. Singmäss sei dies die Aussage des Oberholzer-Berichts, der die Gewaltvorfälle in den Bundesasylzentren untersucht hat, schreibt Solidarité sans frontières (Sof) in ihrer Stellungnahme vom 18. Oktober.

Unverhältnismässiger Zwang

Blicken wir kurz zurück: Ende April dieses Jahres belegten Recherchen der SRF-Sendung Rundschau, von RTS in der Westschweiz und der Wochenzeitung WOZ gewalttätige Übergriffe in Bundesasylzentren. Die Berichte schlugen hohe Wellen und sorgten zu mindestens bei einem Teil der Bevölkerung für Entrüstung. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) sah sich gezwungen, eine externe Untersuchung einzuleiten. Damit beauftragt wurde alt Bundesrichter Niklaus Oberholzer. Im Zusammenhang mit der Untersuchung suspendierte das SEM 14 Sicherheitsleute. Sie wurden für weitere Einsätze in Bundesasylzentren gesperrt. Diese arbeiteten in den Zentren von Boudry NE, Altstätten SG und Basel.

Am 18. Oktober stellte das SEM anlässlich einer Pressekonferenz den Ober-

holzer-Bericht vor. Dieser kommt zum Schluss, dass «einzelnen Fällen, in denen auch Strafuntersuchungen eingeleitet wurden, unverhältnismässiger Zwang ausgeübt worden sei.» So das SEM in der Medienmitteilung. Und: «Der teils erhobene Vorwurf der systematischen Missachtung der Rechte von Asylsuchenden und der Folter sei hingegen falsch und irreführend.»

Nur die Spitze des Eisbergs

«Eine nicht-systemische Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass die Gewalt nicht systemisch ist», kritisiert Sof den Bericht. Hinzugefügt wird: «Angesichts der angewandten Methodik sind die Schlussfolgerungen nicht sehr überraschend.» Untersucht wurden im Bericht sieben Fälle. Einige davon belegen die Gewalt mit ärztlichen Dokumenten. Der Oberholzer-Bericht dazu: «Soweit auf ärztliche Berichte verwiesen wird, kann daraus zwar in objektiver Hinsicht auf die erlittenen Verletzungen, nicht aber notwendigerweise auch auf die konkreten Ursachen der Verletzung oder gar auf die Hintergründe des betreffenden Ereignisses geschlossen werden.»

Diese sieben Fälle seien nicht repräsentativ, hält Sof zurecht fest. «Sie sind eher die Spitze des Eisbergs. Sie sagen nichts über andere Fälle von Gewalt aus,

über die keine Beschwerden oder Medienberichte eingegangen sind.» Berichte und Zeugenaussagen von Asylsuchenden zeigen in eine andere Richtung. Sie zeugen von einer Realität, in der die Menschen zögern, Beschwerden einzureichen. Dies weil sie ihre Rechte nicht kennen, weil sie eingeschüchtern sind oder weil sie negative Auswirkungen auf ihren Asylantrag fürchten.

Zentren der Ausgrenzung

«Es ist klar, dass die Bundesasyllager Orte von Spannungen sind», hält Sof. Doch: «Im Gegensatz zu Richter Oberholzer glauben wir aber nicht, dass dies an den «verschiedenen Kulturen» liegt, die sich dort vermischen, sondern am gefängnisähnlichen Charakter der Bundeslager: Stacheldraht, Personenkontrollen und stichprobenartige Durchsuchungen, Verbot der Mitnahme von Lebensmitteln, auch von Babynahrung, usw.»

Die Fälle von Gewalt in den Bundesasylslagern verdeutlichen nur ein breiteres Phänomen: Das Schweizer Asylsystem will eher abschrecken als schützen. Solange die Zentren als Orte der Ausgrenzung und nicht der Aufnahme konzipiert sind, wird es immer Gewalt geben – egal unter wessen Kontrolle.

Ein Land im Dienste der Pharmakonzerne

ltm. **Patente fordern jährlich Millionen Menschenleben. Auch im Zusammenhang mit der Pandemie richten sie grossen Schaden an. Aus diesem Grund protestierten zahlreiche linke Organisationen in Genf. Der Bundesrat schützt jedoch lieber die Gewinne der Pharmaindustrie, statt Menschen zu retten.**



Profite für die Konzerne statt Gesundheit für viele Menschen. Dies ist der Sinn und Zweck der Patente. Sie müssen weg!
Bild: zVg

Es liest sich wie ein schlechter Witz: «Der Bundesrat erwartet von der Pharmaindustrie, dass auch diese ihren Beitrag zum gerechten Zugang zu Impfstoffen leistet, zum Beispiel indem sie, wo immer möglich, freiwillige Lizenzen an weitere Hersteller erteilt.» So endet die Antwort vom 25. August der Landesregierung auf die Interpellation «Die Schweiz muss den Patentschutz für Impfstoffe gegen Covid-19 aussetzen» von PdA-Nationalrat Denis de la Reussille. Doch der Reihe nach.

Ungleichheiten, Ausbeutung und Todesfälle

Am 2. Oktober 2020 beantragten Südafrika und Indien bei der Welthandelsorganisation WTO eine zeitlich auf die Pandemie beschränkte Aufhebung der Patente. Es handelt sich hierbei um Bereiche der Prävention, Eindämmung und Behandlung von Covid-19. Die WTO vereint unter sich drei zentrale Abkommen. Darunter auch die handelsbezogenen Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums, bekannt unter dem Namen TRIPS-Abkommen. Darin wird unter anderem das Verbot des Kopierens von Technologien

und somit werden die berühmten Patente festgehalten. Für die Einhaltung und die Umsetzung des Abkommens durch die Mitgliedstaaten ist der TRIPS-Rat zuständig. Er besteht aus der Versammlung der WTO-Mitgliedstaaten.

Das Anliegen von Südafrika und Indien wurde am 13. und 14. Oktober an der Tagung des TRIPS-Rates besprochen. Anlässlich dieser Tagung protestierten rund fünfzig linke Kollektive, Verbände und Parteien, darunter auch die Partei der Arbeit, vor dem WTO-Gebäude in Genf. Sie fordern die Aufhebung der Patente auf Impfstoffe, um eine freie Produktion für die Welt zu ermöglichen. Thierry Bodin, ein Vertreter der Confédération générale du travail (CGT), ein französischer Gewerkschaftsbund, sprach über die Demonstration und deren Mobilisierung mit der Wochenzeitung Gauchebdo. Auf die Frage, was das Ziel des Protestes sei, antwortete er: «Die Bedingungen für den Vertrieb und die Vermarktung der Covid-19 Impfstoffe sind sowohl im Hinblick auf den Preis als auch auf die Produktionsmenge inakzeptabel. Sie führen dazu, dass in Kontinenten wie Afrika nicht ausreichend geimpft wird, so dass dort weiter-

hin massenhaft Menschen sterben.» (Interview siehe unten). Und auch mediCuba erinnert in ihrer Pressemitteilung vom 12. Oktober an «die Ungleichheiten, die Ausbeutung und die Todesfälle, die Patente auf Medikamente und Impfstoffe in den Ländern des Südens verursachen, während sie den Unternehmen und Ländern des Nordens Sicherheit und Gewinne bringen.»

Berechtigte Fragen

Aus den gleichen Gründen, die Thierry Bodin nannte, reichte am 3. Juni PdA-Nationalrat Denis de la Reussille eine Interpellation an den Bundesrat ein. Sie trägt den passenden Titel: «Die Schweiz muss den Patentschutz für Impfstoffe gegen Covid-19 aussetzen». Die Interpellation beginnt mit einem wichtigen Hinweis. Der Präsident der Vereinigten Staaten Joe Biden unterstützt den Vorschlag zur temporären Aufhebung des Schutzes des geistigen Eigentums für Impfstoffe gegen Covid-19. Darüber zeigten sich die Generaldirektorin der WTO, Ngozi Okonjo-Iweala aus Nigeria, und der Generaldirektor der WHO, Tedros Adhanom Ghebreyesus aus Äthiopien, sehr erfreut.

De la Reussille weist weiter darauf hin, dass der Vorschlag zur temporären Aufhebung der Covid-19-Patente von der grossen Mehrheit der Länder und der internationalen Organisationen sehr positiv aufgenommen worden ist. «Es bleibt praktisch nur noch die Schweiz, die sich weigert, darauf einzugehen», hält der de la Reussille fest und beschreibt die Situation haargenau: «Die überwiegende Mehrheit der Impfungen wurde in den reichen Ländern verabreicht, während die Entwicklungsländer nur auf 0,3 Prozent kommen». Daraufhin stellt der PdA-Nationalrat dem Bundesrat drei Fragen. Erstens: Kann uns der Bundesrat erklären, inwiefern Grosszügigkeit und Solidarität in Zeiten der Pandemie die Innovation bremsen würden? Zweitens: Denkt der Bundesrat tatsächlich, dass sein Starrsinn der beste Weg ist, um ein gutes Bild unseres Landes abzugeben? Und drittens: Die Position und die Argumente des Bundesrates sind in allen Punkten mit der Position und den Argumenten der Pharmaindustrie identisch. Müssen wir daraus schliessen, dass er dieser Industrie unterworfen ist?

Zuerst die Profitgarantie, dann die Produktion

«Für den Bundesrat hat der Kampf gegen die Covid-19-Pandemie oberste Priorität. Nur wenn der Schutz der Gesundheit der Schweizer Bevölkerung und der Menschen weltweit gewährleistet ist, kann wieder Normalität einkehren», so die ersten Zeilen der Antwort vom 25. August. Weiter erklärt die Regierung, dass «der Schutz des geistigen Eigentums dabei eine grosse Rolle» spiele. Denn ohne ihn wären viele innovative Impfstoffe, welche die Welt im gemeinsamen Kampf gegen die Pandemie benötigt, gar nicht entwickelt worden. Konkret sagt die Schweizer Regierung hier, dass erst als der Profit durch Patente garantiert war, ein Impfstoff auch hergestellt wurde.

Wichtig sei auch, dass forschende und produzierende Pharmaunternehmen zusammenarbeiten, schreibt der Bundesrat weiter. Der rechtliche Rahmen dieser «Partnerschaften» bilden für die Schweizer Regierung «Lizenzvereinbarungen, die auf Patentrechten beruhen». Würde dieser rechtliche Rahmen durch die Aufhebung des TRIPS-Abkommens wegfallen, befürchtet der Bundesrat, dass künftige Innovationen ausbleiben würden. So bleibt dem Bundesrat zum Schluss eben nur noch eins, was bereits erwähnt wurde: Die naive Erwartung, dass die Pharmaindustrie auch «ihren Beitrag zum gerechten Zugang zu Impfstoffen leistet, zum Beispiel indem sie, wo immer möglich, freiwillige Lizenzen an weitere Hersteller erteilt.»

Patente töten

Hohe Medikamentenpreise, eine gewollte Impfstoffknappheit, Segregation und damit verbunden Millionen von Todesfällen! Diese durch Patente gesicherte profitorientierte Politik betreibt auch unser Bundesrat. Die Antwort zur Interpellation beweist es. Die grossen Pharmakonzerne haben die Schweizer Regierung im Griff. Und somit ist auch die Schweiz Mitverantwortliche für die Millionen von Todesfällen aufgrund der Impfstoffknappheit. Es ist an der Zeit dieser Politik ein Ende zu setzen. Die Patente müssen weg, und zwar sofort!

Die Regeln ändern

Joël Depommier. **Am 13. Oktober protestierten linke Kräfte in Bern vor dem Gebäude der Welthandelsorganisation (WTO). Ihre Forderung ist die Abschaffung der Patente. Thierry Bodin des französischen Gewerkschaftsbunds Confédération générale du travail (CGT) erklärt im Interview, warum der Druck aus der Bevölkerung steigen muss.**

Thierry, wie stehen Frankreich und die Europäische Union dazu, dass der US-Präsident eine vorübergehende Aufhebung der Patente unterstützt?

Am 2. Oktober 2020 beantragten Südafrika und Indien bei der WTO die Aufhebung der Patente. Europa und die grossen Erzeugerländer wie Frankreich, Deutschland und die Schweiz lehnen diesen Vorschlag jedoch ab. Wir müssen also eine Mobilisierung der Bevölkerung schaffen, um die Aufhebung der Patentrechte zu erreichen. Aus diesem Grund haben wir diesen Tag vor dem WTO-Gebäude organisiert, zu einem Zeitpunkt, an dem der zuständige Rat den Vorschlag für eine befristete Ausnahmeregelung der Impfstoffpatente prüft. Je länger wir zögern, desto mehr Menschen sterben.

Die grossen Unternehmen machen geltend, dass ihre Investitionen in die Impfstoffe eine Aufhebung der Patentrechte nicht zulassen. Was meinen Sie dazu?

Dies ist ein falsches Argument. Im Falle der Boten-RNA-Techniken sind viele öffentliche Forschungsarbeiten im Vorfeld durchgeführt worden. Es wurden auch viele öffentliche Gelder an Pharmakonzerne bezahlt, um ihre Impfstoffe zu entwickeln.

So haben die Vereinigten Staaten Moderna beispielsweise 483 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt. Es ist bekannt, dass ein Unternehmen wie Pfizer in den nächsten zwei bis drei Jahren mehr als 50 Milliarden Euro Gewinn mit seinem Impfstoff machen wird. Die Verträge, welche den Preis mit der EU oder Frankreich regeln, sind geheim. Jegliche Kostentransparenz wird durch das Geschäftsgeheimnis verdeckt. Bei der Aufrechterhaltung von Patentrechten geht es um die Gefährdung des Lebens anderer. Wenn sich der französische Pharmakonzern Sanofi schliesslich bereit erklärte, Impfstoffe für andere Unternehmen zu produzieren, so geschah dies aufgrund des Drucks der Medien und der Tatsache, dass dieses Unternehmen die Aufhebung der Patentrechte fürchtet wie der Teufel das Weihwasser.

Andere Medikamente, insbesondere Krebsbehandlungen, sind unerschwinglich. Sollten diese Patentrechte ebenfalls aufgehoben werden?

Dieses Thema besprechen wir schon seit langem bei der CGT. Wir sind für einen öffentlichen Gesundheitssektor, was die Krankenhausinfrastruktur, die Herstellung von Medikamenten oder therapeutisch nützlichen Produkten wie Masken oder Be-



Thierry Bodin. Bild: zVg

atmungsmaschinen betrifft. Das Streben der Pharmaindustrie nach maximalem Profit steht im Widerspruch zur Verfassung, Ethik oder der Menschlichkeit.

Was werden Sie tun, wenn die WTO die Möglichkeit verweigert, die Patente auf Covid-Impfstoffe aufzuheben?

Wenn die pharmazeutische Industrie nicht auf die Bedürfnisse der Menschen eingeht wie bei der HIV-Pandemie, müssen der Druck der Bevölkerung und der Medien die Regeln ändern

QUELLE: GAUCHEBDO

Gut alt werden zu können ist ein Menschenrecht

Kurt Seifert. **Eine vielfach geäusserte Meinung lautet, den Alten gehe es heute doch viel besser als den Jungen und deshalb sollten sie nicht ständig neue Forderungen stellen. Ist es gerechtfertigt, sich für eine Verbesserung der Situation älterer Menschen einzusetzen? Ja, sagt der Autor dieser Zeilen – und bringt die Idee einer Volksinitiative ins Spiel.**



Eine Volksinitiative soll dazu beitragen, gut alt werden zu können. Bild: zVg

Die Demografie ist in diesen Tagen immer wieder ein Thema: Die finanziellen Belastungen einer alternden Gesellschaft seien kaum noch tragbar, heisst es nicht nur in der Schweiz. Da werden die Alten als «Besitzstandswahrer» verteufelt, die sich nicht darum scheren, wie die steigenden Kosten für die Altersvorsorge und für das Gesundheitswesen aufgebracht werden sollen.

In Politik und Medien wird gerne der Kampf von «Alt gegen Jung» inszeniert – so, als hätten nicht die Alten durch ihre frühere Erwerbsarbeit die eigenen Renten vorfinanziert bzw. in ihren beruflich aktiven Zeiten dafür gesorgt, dass die damalige Altersgeneration finanziell einigermaßen abgesichert werden konnte.

Kein Zweifel: Es gibt eine gut betuchte Schicht alter Menschen – und der private Reichtum sammelt sich vor allem in der Generation der über 60-Jährigen an. Doch bekanntlich ist dieser Reichtum sehr ungleich verteilt. So hat eine Studie von Pro Senectute Schweiz bereits vor Jahren festgestellt, dass jeder zehnte Rentner*innenhaushalt über ein Vermögen von weniger als 10 000 Franken verfügt. Genauer gesagt: Es sind vor allem Haushalte von alleinstehenden Rentner*innen, die ein «Leben mit wenig Spielraum» (so der Titel dieser Studie) führen müssen.

Betreuungskosten belasten Budgets

Gemäss Angaben des Bundesamtes für Statistik vom Oktober vergangenen Jahres beläuft sich die Armutsquote von Einpersonenhaushalten ab 65 Jahren auf annähernd 25 Prozent! In der Generation 65+ tritt mit einem Anteil von 13,6 Prozent die Einkommensarmut deutlich häufiger auf als bei Personen im Erwerbsalter. Dort sind es 5,8 Prozent.

Ein Forschungsteam der Fachhochschule Nordwestschweiz unter Leitung des Basler Sozialwissenschaftlers Carlo Knöpfel wollte die Lage älterer Menschen in der Schweiz etwas genauer unter die Lupe nehmen. Das Team untersuchte deren frei verfügbares Einkommen. «Frei verfügbar» wird jener Teil des Einkommens genannt, der nach Abzug der Kosten für Miete und Lebensunterhalt sowie der Ausgaben für Krankenkassenprämien und Steuern übrigbleibt.

Die Forschenden stellten fest, dass insbesondere Ausgaben für Betreuung die Budgets der Rentnerhaushalte belasten. Unterstützung und Betreuung werden dann notwendig, wenn ältere Menschen ihre alltäglichen Bedürfnisse nicht mehr gemäss ihren eigenen Vorstellungen erfüllen können – sei es aufgrund ihrer Lebenssituation oder durch physische, psychische und/oder kognitive Beeinträchtigungen bedingt.

Ein Mangel an Unterstützung

In vielen Fällen zählen Unterstützungs- und Betreuungsbedürftige auf ihre Familienangehörigen. Wenn aber der Bedarf an entsprechenden Leistungen zunimmt, geraten die Angehörigen oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit und sind in der Folge selbst auf Hilfe angewiesen: Die Sorgenden benötigen dann

die Sorgearbeit anderer Menschen. Ausserhalb des familiären, allenfalls auch nachbarschaftlichen Rahmens ist diese Arbeit aber nicht gratis. Wer über ausreichende finanzielle Mittel verfügt, kann sich entsprechende Leistungen einkaufen. Andere geraten in eine zunehmend prekäre Situation.

Anders als bei der Pflege bestehen für die Alltagsunterstützung und Betreuung keine kollektiven, sozialstaatlichen Lösungen. Unser gesellschaftliches System ist bis jetzt darauf ausgerichtet, dass diese Form der Hilfe individuell organisiert wird. Allenfalls gibt es Dienstleistungen von Nonprofit-Organisationen wie Pro Senectute, die dank öffentlicher Subventionierung günstiger als auf dem sogenannten freien Markt angeboten werden können.

Wie gross ist der ungedeckte Bedarf an Betreuung? Das wollte die Paul Schiller Stiftung wissen und gab beim Büro Volkswirtschaftliche Beratung BSS in Basel eine Studie in Auftrag, deren Ergebnisse Anfang September dieses Jahres vorgestellt worden sind. Die Resultate der Untersuchung sind eindrücklich: Schätzungsweise 620 000 Menschen über 65 Jahren mangelt es an ausreichender Unterstützung. Pro Jahr fehlen zwischen 14 bis 28 Millionen Betreuungsstunden, um den tatsächlichen Bedarf älterer Menschen an guter Betreuung zu decken.

Wer soll das bezahlen?

Bei einem sehr niedrig berechneten Vollkostenansatz von 50 Franken pro Stunde entstünden zusätzliche Kosten zwischen 0,8 bis 1,6 Milliarden Franken pro Jahr. Im Verhältnis zu allen Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden für die Soziale Wohlfahrt im Umfang von 51,6 Milliarden Franken (bezogen auf das Jahr 2018) würden diese Kosten zwischen 1,6 und 3,2 Prozent ausmachen. Im Verhältnis zu den Ausgaben für die Langzeitpflege von rund 16,8 Milliarden Franken (bezogen auf das Jahr 2019) würden die zusätzlichen Betreuungskosten zwischen 4,8 und 9,6 Prozent betragen.

Die naheliegende Frage heisst: Wer soll das bezahlen? In der erwähnten Studie werden verschiedene Varianten formuliert. Sie reichen von einer Ausweitung der Ergänzungsleistungen (EL) zur Übernahme zusätzlicher Betreuungsangebote über eine Betreuungsentschädigung analog zur Hilflosenentschädigung, individuelle Kostengutsprachen bis hin zu einer Anschubfinanzierung des Bundes für gute Betreuung im Alter, die vom Impulsprogramm Kinderbetreuung inspiriert ist.

Es würde hier zu weit führen, die Details dieser vier Varianten mit ihren Vor- und Nachteilen darzustellen. Dies vor allem deshalb, weil die Paul Schiller Stiftung eine fünfte Variante favorisiert, die Elemente aus den zuvor genannten Modellen übernimmt.

Vorschlag: Betreuungsgeld für Betreuungszeit

Das von der Stiftung vorgeschlagene Konzept lautet: Betreuungsgeld für Betreuungszeit. Wer im Alter einen Betreuungsbedarf nachweisen kann, soll

ein Stundenkontingent an staatlich mitfinanzierter Betreuungszeit zugesprochen erhalten – unabhängig von der eigenen Wohnform. Je nach finanziellen Mitteln ist ein Eigenbeitrag zu erbringen. Eine unabhängige Abklärungsstelle soll den Bedarf feststellen. Kombiniert wird diese subjektorientierte Finanzierung mit einer objektorientierten. Damit sollen aufsuchende Angebote unterstützt und betreuungsbedürftige Menschen besser erreicht werden.

Die Paul Schiller Stiftung geht von einem Eigenbeitrag von 25 Prozent aus und rechnet damit, dass etwa die Hälfte der Anspruchsberechtigten tatsächlich Betreuungsleistungen beziehen werden. Dann kämen gemäss Berechnung der Stiftung Kosten zwischen 630 bis 1030 Millionen Franken pro Jahr auf den Staat zu.

Die Frage ist, wie hoch die Chancen der Durchsetzbarkeit einzuschätzen sind. Die Stiftung gibt sich optimistisch und hält den politischen Gestaltungsspielraum für gross genug, wenn es gelinge, in den bestehenden Systemen die nötigen Anpassungen vorzunehmen. Von einem Aufbau neuer Instrumente hält sie wenig.

Grundlegender Wandel ist notwendig

An dieser Stelle setzt das Vorhaben des Netzwerks Gutes Alter ein. Das Netzwerk wurde im Mai 2018 gegründet und ist ein politisch und konfessionell unabhängiger Zusammenschluss von Personen und Organisationen aus dem Altersbereich. Die im Netzwerk Versammelten sind zum Schluss gekommen, dass isolierte Bemühungen zur Verbesserung der Situation hinsichtlich Alltagsunterstützung und Betreuung sowie zur Entwicklung eines ganzheitlichen Verständnisses von Sorgearbeit im Alter immer wieder an die Grenzen eines weitgehend fragmentierten Sozial- und Gesundheitssystems stossen. Deshalb sind sie überzeugt, dass ein grundlegender Wandel dieses Systems erforderlich ist.

Das Netzwerk will den Boden für eine eidgenössische Volksinitiative bereiten, die den Anspruch auf eine Grundversorgung in Alltagsunterstützung, Betreuung und Pflege im Alter in der Bundesverfassung verankert und damit diesen Wandel in Gang bringt.

Damit alle Menschen im Alter einen Zugang zu den Angeboten erhalten, bedarf es insbesondere eines tragfähigen Netzes an integriert arbeitenden und ausreichend finanzierten öffentlichen Diensten. Dabei muss der Mensch mit seinen Bedürfnissen im Zentrum stehen, seine Selbstsorge und seine soziale Teilhabe sollen gestärkt werden. Betreuende Angehörige müssen optimal einbezogen und soweit erforderlich angemessen unterstützt werden.

Pandemiebedingt konnte das Projekt einer Volksinitiative noch nicht definitiv aufgelegt werden. Das Netzwerk Gutes Alter setzt aber alles daran, möglichst bald starten zu können.

NÄHERE INFORMATIONEN ZUM NETZWERK UND ZUM PROJEKT EINER VOLKSINITIATIVE SIND ZU FINDEN UNTER: WWW.GUTES-ALTER.ORG.

Eine öffentliche Aufgabe

Am Erscheinungstag dieser Ausgabe findet in Bern eine Tagung statt, die dem Thema «Gutes Alter für alle» gewidmet ist. Dazu eingeladen haben das Netzwerk Gutes Alter sowie der Entlastungsdienst Schweiz. Der Entlastungsdienst ist eine professionell geführte Nonprofit-Organisation, die gute Betreuung zu sozialverträglichen Tarifen gewährleisten kann.

An der Tagung sprechen unter anderem Carlo Knöpfel von der Fachhochschule Nordwestschweiz, die feministische Ökonomin Mascha Madörin sowie Franziska Teuscher, Gemeinderätin der Stadt Bern. Per Videobeitrag wird die holländische Organisation Buurtzorg vorgestellt, die einen ganzheitlichen Ansatz von Unterstützung, Betreuung und Pflege im Alter verfolgt. Auch das Projekt einer schweizerischen Volksinitiative wird präsentiert.

Es ist vorgesehen, die anlässlich der Tagung gehaltenen Beiträge zu einem späteren Zeitpunkt online zugänglich zu machen.

WEITERE INFORMATIONEN DAZU UNTER: WWW.GUTES-ALTER.ORG ODER WWW.ENTLASTUNGSDIENST.CH.

Jede Unterdrückung bekämpfen!

sah. **Der Feminismus wird vom Kapitalismus vereinnahmt und der Diskurs dadurch gezähmt. Arabische Aktivist*innen wollen diese Entwicklung verhindern. Trotz vieler Hindernisse wächst die feministische Szene dort. Es gilt, Kämpfe zu verbinden. Ein Bericht zum arabischen Feminismus.**



Im arabischen Raum blüht der Feminismus auf.
Bild: Arte.tv

Die Entpolitisierung feministischer Bewegungen schreitet überall auf der Welt seit Jahrzehnten voran. Räume für machbare Reformen werden kleiner und feministisches Engagement passiert als projektbasierte Arbeit statt als umfassende aktive Patriarchatskritik. Kapitalismus wie Neoliberalismus sind es leider gelungen, den Feminismus für sich zu vereinnahmen. Nancy Fraser verfasste die These, dass der Feminismus einen staatlich organisierten Kapitalismus stützt.

Strukturelle Aspekte ausgeklammert

Bewusst oder unbewusst werden neoliberale Reformen und Programme wie beispielsweise die Mikrokredite propagiert. Ihr Beitrag trug dazu bei, dass Feminist*innen weltweit ihre Arbeit reflektierten. Das schrieb Farah Daibes, die Programmleiterin des regionalen Projekts «Politischer Feminismus @fes_mena» ist. Die Autorin sieht eine Chance in der Bewegung der arabischen Aktivist*innen. Obwohl sie viele Hindernisse überwinden müssen, wächst die feministische Szene in der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) so bezeichneten Mittlerer-Osten-und-Nordafrika-Region (MENA-Region). Feminist*innen organisieren, mobilisieren und solidarisieren sich. Die Netz-

werke gehen über Ländergrenzen oder Altersgruppen hinaus.

Im Globalen Süden hatten neoliberale Programme zur Feminisierung der Armut beigetragen. Beispielsweise gab es in den MENA-Region Mikrofiananzprogramme, die Kleinstkredite für verarmte und in Armut lebende Frauen* boten. Diese Hilfe sollte die unternehmerische Tätigkeit von Frauen* fördern. Die Projekte begannen nach traditionellen Geschlechternormen oft zu Hause in Form von Heimproduktion. Durchaus gibt es Berichte, die davon erzählen, dass Kreditprogramme positive Auswirkungen auf den Alltag der Frauen* haben. Feministische Aktivist*innen in der MENA-Region analysierten aber kritisch, dass diese Mikrokreditprogramme strukturelle Aspekte ausklammern, die Frauen* in ihrer Tätigkeit hindern. In der Folge waren tausende von Frauen* nicht in der Lage, ihre Mikrokredite zurückzuzahlen. Die meisten konnten ihre unternehmerischen Wünsche nie in ihrer geplanten Form umsetzen. Auch «internationale Hilfen», die Rechte von Frauen* und Mädchen stärken wollen, haben Auswirkung auf die feministischen Bewegungen des Globalen Südens. Organisationen wurden abhängig von Mitteln aus dem Ausland. Das feministische Handeln konzentrierte sich auf projektbasierte Arbeit, die nur einen kleinen Bereich der Ungerechtigkeit zum Thema haben und restliche Bereiche ausklammern. Arabische Aktivist*innen setzten daher Schwerpunkte, dass Frauen* aus der Privatsphäre herausgeholt und die Rechte von Arbeiter*innen insgesamt gestärkt werden.

Arabischer feministischer Frühling

Privatisierung von Dienstleistungen, steigende Arbeitslosigkeit, schrumpfende öffentliche Sektoren, sinkende Arbeitskosten und haushaltspolitische Sparmassnahmen verschärften ökonomische Ungleichheiten im Neoliberalismus. In der MENA-Region sind Frauen* wenig im Arbeitsmarkt tätig, so ist ihre ökonomische Situation sehr prekär. Während der ersten

und zweiten Welle des «Arabischen Frühlings», die durch weiter verschärfende ökonomische Ungleichheiten hervorgerufen worden war, sammelte sich eine lautstarke feministische Bewegung. Frauen* spielten hier eine wichtige Rolle und diese Zeit wurde zum Anfang eines neuen Kapitels im arabischen Feminismus. In der «Covid-19-Pandemie», die eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage von Frauen* in der Region brachte, erstarkte die Neoliberalismuskritik massiv. Feministische Forderungen nach ökonomischer Gerechtigkeit wurden mit Kampagnen, Publikationen, Artikeln oder Online-Veranstaltungen verbreitet. Ein feministischer Aufbauplan für die Zeit nach der Pandemie ist dabei ein wichtiger Punkt.

Grenzüberschreitende Solidarität

In den letzten Jahren begannen Feminist*innen, sich aktiv dem Autoritarismus entgegenzustellen und sich von unterdrückenden Regimes wie beispielsweise Ägypten zu distanzieren. Das ist ein erster Schritt. Soziale Medien geben jungen arabischen Feminist*innen eine Stimme. Hier werden radikale feministische Diskurse entworfen. Mit Hilfe des Internets organisieren sich Aktivist*innen. Arabische Feminist*innen beschränken sich bei ihren Forderungen neu nicht mehr auf sich selbst, sondern beziehen alle Aspekte gesellschaftlicher Gerechtigkeit in ihre Arbeit ein. Aus feministischen Diskursen entstehen antirassistische, autoritarismuskritische, antihomosexuelle, antitransfeindliche, antikoloniale und antineoliberale Forderungen. Der Feminismus wird in alle anderen sozialen Gerechtigkeitsbewegungen eingebunden. Hier entsteht ein intersektionaler arabischer Feminismus, der erkennt, dass Unterdrückungssysteme zusammenwirken, um das Patriarchat aufrechtzuerhalten. Jede Unterdrückung muss bekämpft werden, um wahre Gerechtigkeit herzustellen.

DAS PROGRAMM VON «POLITISCHER FEMINISMUS» IST NACHZULESEN AUF: MENA.FES.DE

Klare politische Linie

sah. **Ursache des Übels namens Frauen*feindlichkeit in Afghanistan war und ist der religiöse Fundamentalismus. Seit der Gründung steht RAWA für eine Politik gegen islamisch-fundamentalistische Orientierungen. Fünfter und letzter Artikel der Reihe zu den revolutionären Frauen* Afghanistans.**

Die feministische Organisation RAWA ist eine der schärfsten Kritiker*innen der Taliban-Regierung. Im Artikel «Fundamentalistisch bedeutet frauenfeindlich» von Leonie Schiffauer, einem Interview mit der RAWA-Aktivistin Mehmooda auf der Internetseite rosalex.de, wird aufgezeigt, wie schockierend die Geschehnisse im Sommer 2021 für alle Frauen* und Mädchen in Afghanistan waren. Mit dem Abzug der ausländischen Truppen können die Taliban wieder an Macht gewinnen. Dabei war es auch schon vor diesem Sommer nicht gut. Die Taliban hatten bereits weite Teile des Landes besetzt. Städte wie Kabul, Herat und Mazar-e Scharif standen zwar unter Regierungskontrolle, aber abgelegene Gegenden gehörten den Taliban schon länger.

In den Medien versuchen sie, sich harmlos darzustellen: sie würden Frauen*rechte achten – aber im Sinne der Scharia. Der Kampf geht weiter. Seit der Gründung steht RAWA für eine Politik gegen islamisch-fundamentalistische Orientierungen. Vor allem nach den Erfahrungen mit den Mudschaheddin-Organisationen ab April 1992 hatte RAWA mit Aktionen gegen deren Politik gekämpft und öffentlich vor den Führern und Unterstützer*innen gewarnt. Das Taliban-Regime erliess später ein islamisches Rechtsgutachten gegen RAWA. Damit wurden Taliban-Sicherheitskräfte angewiesen, jedes RAWA-Mitglied sofort zu verhaften und öffentlich zu Tode zu steinigen.

Afghanistan verlassen

Die Afghan*innen haben sich seit den 1970er-Jahren verändert. Sie wollen mehr Freiheit – jetzt. Doch in Afghanistan bricht alles zusammen und die Bevölkerung bräuchte internationale Hilfe. «Die grossen Mächte haben Afghanistan verlassen und

die Afghan*innen den Taliban und ihrem Terror überlassen. Redefreiheit, Frauen*rechte und alles andere ist in Gefahr», meinte RAWA Aktivistin Mehmooda im Interview auf der Internetseite rosalex.de. Hoffnung für die nun eingeschränkte Weiterführung der Arbeit bietet hier nur die Solidarität, die RAWA schon früh aufgebaut hat. Seit Ende der 1990er-Jahre wurden die Auftritte von RAWA international wahrgenommen. Es entstanden Solidaritätsbeziehungen – beispielsweise mit Frauen*organisationen in den USA. RAWA-Vertreter*innen wurden zu Veranstaltungen ins Ausland eingeladen.

Um sich noch stärker zu vernetzen, schuf RAWA Strukturen. 1997 entstand das Komitee für auswärtige Kontakte. Einer der Höhepunkte war die Einladung zur Show von Winfrey Oprah im US-Fernsehen. Die Show-Masterin gab die Internetadresse von RAWA bekannt und rief dazu auf, Geld und Kameras zu spenden. Organisationen und Medien wie das Stern-Magazin oder die Berliner Zeitung veröffentlichten eine Spendenaktion für RAWA, die sehr erfolgreich war. Mit einem grossen Beitrag von Spendengeldern konnte RAWA unter anderem ein Krankenhaus wiedereröffnen. Durchschnittlich erhielt RAWA 50 bis 100 E-Mails pro Tag. Diese Zahl steigerte sich nach dem 11. September 2001 für einige Monate auf etwa 1000 Mails täglich.

11. September 2001

Der Kriegszug in Afghanistan nach den terroristischen Anschlägen am 11. September 2001 half mit, eine Diskussion zur Notwendigkeit der Befreiung der Frauen* Afghanistans zu fördern. RAWA nutzte die Gelegenheit für öffentliche Auftritte und Medienberichte, um den Frauen* ihres Landes Gehör zu verschaffen und der Welt und den Feinden



Aktivist*innen der RAWA. Bild: zVg

zu zeigen, dass Frauen* Widerstand leisten und für ihre Rechte kämpfen können. Natürlich standen die Aktivist*innen dem Einsatz der USA auch kritisch gegenüber. Gegenbilder zu der mit Burka verhüllten Afghanin waren schon wenige Wochen später unverschleierte Frauen, die angeblich durch die US-Militärintervention befreit wurden. Die «glücklich entschleierte Frauen*» wurden in der Berichterstattung Beleg für die erfolgreiche Teil-Befreiung Afghanistans von den Taliban. Mit der militärischen Intervention der USA und ihren Verbündeten schien sich eine Tür zu öffnen. Plötzlich ging es um Frauen*rechte, um Demokratie, um Befreiung und gegen den Terror. Doch RAWA analysierte schon damals, dass diese Ziele nicht erfüllt sind, wenn das Taliban-Regime gestürzt wird. Und so war es dann auch: ein fundamentalistisches Regime wurde gegen ein anderes ausgetauscht. Neue Führer der Nordallianz und andere Warlords wurden wieder an die Macht gebracht. Diese agierten ebenso brutal und frauen*feindlich wie die Taliban.

MEHR INFOS: [HTTPS://WWW.FREEFUNDER.COM/CAMPAIGN/RAWA-AFGHANISTAN-PROJECTS](https://www.freefunder.com/campaign/RAWA-AFGHANISTAN-PROJECTS)

Die Partei als Mittel der Bevölkerung

flo / sit / Marius Käch. **Die Kommunistische Partei Österreichs hat bei den Wahlen in Graz einen historischen Erfolg errungen und ist mit 28,84 Prozent der Stimmen die stärkste Partei der Hauptstadt des südösterreichischen Bundeslandes Steiermark. Der vorwärts sprach mit dem Genossen Robert Krotzer, der seit 2017 mit Elke Kahr Mitglied des Grazer Stadtrats ist, der Exekutive der Stadt. Neu hat die KPÖ drei von sieben Sitzen.**

Robert, seid ihr auch noch drei Tage nach dem Wahlerfolg am Feiern?

(Lacht). Diese Frage beantwortete Elke Kahr, mit der ich für die KPÖ in der Grazer Exekutive, sprich dem Stadtrat sitze, in einem Zeitungsinterview so: «Auch wenn man eine gute Schularbeit geschrieben hat, hört man ja nicht auf zu lernen.» Als politische Bewegung ist klar, dass man sich das Vertrauen immer wieder erarbeiten muss. Es gibt keine Vorschusslorbeeren, die ewig währen.

Bleiben wir kurz beim Wahlsonntag vom 26. September 2021. Kompliment, ein historischer Tag für Graz.

Vielen Dank. Ja, der Begriff politisches Erdbeben wird an Wahltagen oft und gerne verwendet, aber für den 26. September 2021 in Graz trifft es wirklich zu. 2017 erreichten wir etwas über 20 Prozent. Jetzt haben wir 28,9 Prozent, also fast neun Prozent dazu gewonnen. Selbstverständlich bekommt man ein gewisses Gespür, wenn man bei Infoständen ist, wenn man in der Bevölkerung unterwegs ist. Dieser direkte Kontakt geht bei uns weit über Wahlkampagnen hinaus. Die Menschen sagen uns immer wieder: «Ihr seid die Einzigen, die immer Infostände machen, die einzigen, die immer greifbar sind. Unabhängig davon, ob eine Wahl ansteht oder nicht.» Von daher hatten wir in den letzten Tagen vor der Wahl schon das Gefühl, dass es am Sonntag nicht ganz so trostlos aussehen würde. Aber, dass wir so stark dazu gewinnen und die seit Jahren regierende Österreichische Volkspartei ÖVP derart verlieren würde, damit haben wir nicht gerechnet. Das war auch für uns eine Sensation.

Wie ist der Wahlsieg zu erklären?

Ende der 1980er, zu Beginn der 1990er-Jahre befand sich mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten in Osteuropa die kommunistische, aber auch die linke Bewegung insgesamt, in einer tiefen Krise und stand vor der Sinnfrage: Wie weiter? Die Genoss*innen gaben sich damals die folgende Antwort: Wir wollen eine nützliche Partei für das tägliche Leben und für die grossen Ziele der Arbeiter*innenbewegung sein. Ausgehend davon hat man sich vielen alltäglichen Problemstellungen der Menschen zugewandt. Das hatte insbesondere mit dem Thema Wohnen zu tun. (Siehe dazu vorwärts-Ausgabe 34/35). 2005 ist es uns nach über 30 Jahren Abwesenheit wieder gelungen, in den steirischen Landtag einzuziehen. Und in all diesen Jahren hat man den Kompass nicht verloren und eine bodenständige Politik betrieben. Eine Politik, die, wie ich soeben erwähnt habe, sich den alltäglichen Problemen der Menschen zuwendet. Ab 1998 kam zusätzlich folgende Frage ins Spiel: Wie gehen wir damit um, dass Politiker*innen in Österreich sehr viel Geld verdienen? Beschlossen wurde, dass Mandatsträger*innen der KPÖ nicht mehr als ein Gehalt einer Facharbeiter*in beziehen sollen. Ich bekomme über 6000 Euro netto im Monat. Ich behalte 1950 und über 4000 Euro gebe ich weiter, um Menschen in Notlagen ganz konkret zu helfen. Das geht vom Ersetzen einer kaputten Waschmaschine bis hin zur Unterstützung der Kosten einer Psychotherapie, die nicht von der Krankenkasse finanziert wird. Natürlich können wir nicht alle sozialen Missstände beseitigen, das ist völlig klar. Und vorgeworfen wird uns von anderen Parteien auch, dass wir das Geld einfach weitergeben. Es ist aber wesentlich mehr: Zum Beispiel, dass Menschen überhaupt ein offenes Ohr finden und sich jemand ihrer Probleme annimmt. Wir versuchen, eine umfassende Sozialberatung zu organisieren, in der man die Leute aufklärt, welche Rechte und Ansprüche sie haben, welche Möglichkeiten und Unterstützung es gibt. Hinzu kommt, dass die politischen und ökonomischen Verhältnisse die Soziale Frage wieder verstärkt auf die Tagesordnung bringen. Jetzt muss man schauen, ob es linken, sozialistischen und kommunistischen Kräften gelingt, eine Antwort zu geben, die vom grösseren Teil der Bevölkerung wahrgenommen wird. Das hängt, auch wenn man sich das europaweit anschaut, sehr stark davon ab, ob man es schafft, eine Verankerung in der Bevölkerung zu schaffen. Wir haben natürlich einen gewissen historischen Optimismus. Andererseits haben wir viele historische Erfahrungen, die auch von



Niederlagen geprägt sind. Um eine solche Niederlage zu nennen: Das Verschwinden ganzer Parteien, die eine wesentliche Rolle gespielt haben. Ein Beispiel dieser Tragödie ist die italienische KP. Wichtig ist es dennoch, nie den Optimismus zu verlieren. Andererseits darf man aber auch nicht einem blinden Optimismus verfallen, bei dem man denkt: Okay, jetzt geht es immer nur vorwärts. Man darf niemals einer Selbstzufriedenheit verfallen. Das wäre der erste Schritt zum Niedergang ist. Es geht nicht automatisch voran. Man muss seine Arbeit und seine Wege finden, wie man die Verankerung in der Bevölkerung schaffen kann. Wie man eine nützliche Kraft für die arbeitenden Menschen darstellt und wie man ein politisches Projekt weiter voranbringen kann. Es steht und fällt immer alles mit der Arbeit. Das ist der Weg, den wir all die Jahre gegangen sind und auch weiterhin gehen werden.

Ein erfolgreicher Weg, der auch zu einer Verankerung in der Bevölkerung geführt hat.

Ja, richtig. Die Wählerschaft der KPÖ ist von arbeitenden Menschen zusammengesetzt. Aber auch von vielen Menschen, die mitunter vom System abgehängt sind, weil sie aus dem Arbeitsprozess rausgefallen sind oder gesundheitliche Probleme haben. Wir bemühen uns immer, diese Menschen einzubinden, ihre sozialen Probleme ernst zu nehmen und es auch zum eigenen Thema zu machen. Diese soziale Problematik betrifft mittlerweile auch die früher «besser situierte Teile» der Arbeiter*innenklasse und gar Teile des Mittelstands. Dies insbesondere, wenn es um die Fragen des Wohnens geht, wie etwa die steigenden Mietpreise. Die Wahlergebnisse zeigen ganz klar, dass wir in den klassischen Arbeiter*innenbezirken, die oft auch stark migrantisch geprägt sind, 40 bis 48 Prozent der Stimmen erhalten haben. Aber auch in anderen Bezirken haben wir sehr gut abgeschnitten, in denen die Menschen das soziale Engagement der KPÖ durchaus schätzen. So zum Beispiel unser Engagement für den Schutz der Altstadt, gegen eine völlig überbordende Überbauung und gegen den Abriss bestehender Bausubstanzen. So war in den letzten Jahren die im Sinne der Investor*innen betriebene Baupolitik der ÖVP und der FPÖ ein grosses Thema in der Stadt. Flächen mussten nach und nach weichen und die Baudichte nahm ständig zu. Ein konkretes Beispiel: 2017 wurde geplant, eine grosse Ackerfläche zu verbauen, die einer landwirtschaftlichen Fachschule zugeordnet war. Durch eine Volksbefragung (Anm. d. Red: Zu vergleichen mit einem Referendum in der Schweiz) im Bezirk haben wir es gemeinsam mit der Bevölkerung geschafft, das Vorhaben zu verhindern. 97 Prozent der Abstimmenden haben sich gegen die Verbauung ausgesprochen. Die Bevölkerung hat das gesehen und das wahrgenommen, was Genosse Ernest Kaltenegger mal so formuliert hat: «Die KPÖ ist ein Mittel der Bevölkerung, um zu ihrem Recht zu kommen».

Nicht alle haben am Wahlerfolg der KPÖ Freude, richtig?

Wir erleben hier in Graz eine unglaubliche Freude bei irrsinnig vielen Menschen. Ob man in den Supermarkt war, oder beim Kiosk stand, die Leute gratulierten einem. Diese Freude ist wirklich sehr gross und strahlt aus. Ein Genosse, der Arzt ist und ausserhalb von Graz arbeitet, sagte, auch die Pfleger*innen haben sich gefreut, dass die KPÖ in Graz der ÖVP den Erfolg abringen konnte. Schön war auch die Breite an Leuten, die am Wahlsonntag zu uns ins Volkshaus gekommen sind. Aber klar ist auch, dass sich nicht alle über unseren Sieg freuen. Wir haben in den letzten Wochen antikommunistische Attacken, sowohl medialer Natur als auch von anderen Parteien erlebt. Es wurden skandalisierte Dinge aus der Vergangenheit hervorgekratzt. Oder auch das Landesprogramm der Steirischen KPÖ analysiert, wie eine sozialistische Ökonomie aussehen könnte und so weiter. Man kann es ein wenig mit einem Computerspiel vergleichen, bei welchem mit jedem höheren Level die Gegner*innen schwieriger werden. Das hat auch eine gewisse Dimension erreicht, bei der es der ÖVP nicht ganz egal ist, denn Graz war die mit Abstand grösste Stadt, die bisher mit komfortabler Mehrheit von der ÖVP regiert wurde. Das ist nun Geschichte. In der Kronenzeitung, der meistgelesenen Zeitung im Lande, schreibt ein Urgestein des Journalismus: «Das kann nicht sein! Das darf nicht sein, dass die zweitgrösste Stadt Österreichs von Kommunist*innen regiert wird.» Aber wie gesagt, es gibt unglaublich viel Zuspruch, unglaublich viel Freude, auch über Graz hinaus. Es ist also sehr durchmischt. Doch der Gegenwind wird natürlich härter und rauer, das ist überhaupt keine Frage. Wenn wir Gegenwind nicht aushalten würden, wären wir als Kommunist*innen am falschen Platz.

Jetzt werden die Erfolge der Partei mit ihrer Realpolitik erklärt. Ist die KPÖ nun eine reformistische Partei oder versucht man damit einfach den Anspruch einer gesellschaftlichen Umwälzung mit solchen Argumentationslinien zu überspielen?

Der Anspruch ist da. Wir sehen uns klar als prinzipienfeste marxistische Partei. Die eine Bündnisfähigkeit, in erster Linie zur Bevölkerung hin, aber auch mit anderen Bewegungen, versteht. Das Zentrum unserer Entscheidungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten war immer die Frage nach dem Nutzen. Ist es eine Entscheidung oder eine Errungenschaft, die den arbeitenden Menschen, der Mehrheit der Grazer Bevölkerung nutzt? Oder ist es etwas, das in erster Linie Immobilienkonzerne, der Bauwirtschaft, Investor*innen etc. nützt? Letztlich ist das die Frage, die sich in der kommunalen Arbeit oder der Arbeit in einer Stadtgemeinde zuspitzt. Klar ist: Du kannst als Stadt weder eine sozialistische Ökonomie aufbauen noch den Kapitalismus auf lokaler Ebene aushebeln

Von links: Klubobmann Manfred Eber, Elke Kahr und Robert Krotzer bei der Vorstellung des Wahlprogramms der KPÖ.

Bild: zVg

FORTSETZUNG AUF SEITE 10 UNTEN

Ein schmutziger Wahlkampf

Manuela Tovar. **In Venezuela stehen Regionalwahlen an. Die EU will Wahlbeobachter*innen zur Unterstützung der Opposition ins Land schicken. Die Regierung kritisiert das Vorhaben scharf, attackiert aber auch die Kommunistische Partei mit absurden, lächerlichen Vorwürfen.**



Genosse Oscar Figuera bei einer Demonstration der Kommunistischen Partei Venezuelas.

Bild: PCV

Im Vorfeld der für den 21. November angesetzten Regional- und Kommunalwahlen in Venezuela wird der Ton wieder schärfer. Die Regierung des südamerikanischen Landes veröffentlichte am 8. Oktober ein offizielles Kommuniqué, in dem sie der Europäischen Union (EU) Einmischung in die inneren Angelegenheiten vorwarf. Anlass waren Äusserungen des EU-Aussenbeauftragten Josep Borrell. Dieser hatte erklärt, die EU werde durch die Entsendung von Wahlbeobachter*innen die Opposition unterstützen. Damit verletze Brüssel den neutralen Charakter der Delegation, wie sie in einem Abkommen mit dem Nationalen Wahlrat (CNE) vereinbart worden sei. Parlamentspräsident Jorge Rodríguez legte der EU sogar einen Verzicht auf die Entsendung von Wahlbeobachtern nahe: «Wenn Sie nicht in der Lage sind, mit ein bisschen Anstand das Abkommen einzuhalten, das Sie mit dem CNE unterzeichnet haben, dann wäre es besser, wenn Sie nicht kommen.»

Gängige Praxis

Doch auch die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV) sieht sich zunehmenden Angriffen aus dem

Regierungslager in Caracas ausgesetzt. Während einer Parlamentsitzung am 14. September warf der frühere venezolanische Innenminister Pedro Carreño, einer der führenden Politiker der Regierungspartei PSUV, dem Generalsekretär der KP Venezuelas (PCV), Oscar Figuera, vor, in den Diensten des US-Geheimdienstes CIA zu stehen.

Die Vorwürfe wurden von den staatlichen Fernsehsendern VTV und ANTV live übertragen. Doch worauf sich Carreño bezog, konnten die Zuschauer*innen nicht wissen. Denn während die gesamte Parlamentsdebatte einschliesslich der Reden der rechten Oppositionsabgeordneten ungekürzt übertragen wurde, brachen VTV und ANTV die Sendung in dem Moment ab, als der kommunistische Abgeordnete das Wort ergriff. Das war kein Versehen, sondern ist seit Monaten gängige Praxis der Staatsmedien. Figuera hatte in seiner Ansprache die derzeit in Mexiko unter norwegischer Vermittlung laufenden Verhandlungen zwischen der Regierung von Präsident Nicolás Maduro und der reaktionären Opposition als «Pakt der Eliten» kritisiert, der die Durchsetzung neoliberaler Politik in Venezuela zum Ziel habe.

Kritik an Regierung

Tatsächlich versucht die Regierung Maduro seit geraumer Zeit, die durch den Wirtschaftskrieg der USA zerrüttete Ökonomie durch eine schrittweise Aufgabe der Errungenschaften vergangener Jahre zu stabilisieren. Während sich der offizielle Diskurs weiter auf die von Hugo Chávez initiierte Bolivarische Revolution bezieht und antiimperialistische Parolen verkündet werden, wurden Staatsunternehmen privatisiert und Währungsspekulationen legalisiert. Durch die weiterhin ungebremsst galoppierende Inflation reichen die Löhne der Beschäftigten schon lange nicht mehr zum Leben. Die PCV und ihre Verbündeten, die sich zur revolutionären Alternative des Volkes (APR) zusammengeschlossen haben, kritisieren das scharf und fordern von der Regierung wirksame Massnahmen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung.

Wie schon bei den Parlamentswahlen im Dezember 2020 tritt die PCV auch bei den Regionalwahlen mit eigenen Listen in Konkurrenz zu den Kandidat*innen der PSUV und der rechten Opposition an. Unterstützt wird sie durch andere linke

Organisationen und Parteien, denen eine Kandidatur von der Wahlbehörde verweigert wird. Auch die Kandidat*innen der Kommunistischen Partei sehen sich Manövern gegenüber, die ihr Antreten erschweren oder gar verhindern. So wurde dem von der PCV nominierten Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters von Caracas, Eduardo Samán, vom Nationalen Wahlrat ohne nachvollziehbare Begründung das passive Wahlrecht entzogen. Notgedrungen ersetzte ihn die PCV durch Rafael Uzcátegui von der Linkspartei «Heimatland für alle» (PPT).

Internationale Solidarität

Gegen die antikommunistische Hetze in Venezuela haben sich in einer gemeinsamen Erklärung mehr als 40 kommunistische und Arbeiterparteien aus aller Welt mit der PCV solidarisiert. Indem Statement, heisst es unter anderem: «Unsere Parteien bringen erneut ihre Solidarität mit dem venezolanischen Volk zum Ausdruck, das von den illegalen und imperialistischen Zwangsmassnahmen sowie der kapitalistischen Krise, die den Abbau von Errungenschaften und Rechten der Arbeiter*innenklasse und der Volksschichten mit sich bringt, hart getroffen wurde. Der Dialog zwischen der Regierung von Nicolás Maduro und der reaktionären Opposition, die bis vor kurzem seinen Sturz durch einen Staatsstreich und eine imperialistische Intervention anstrebte, verfolgt nicht die Interessen der Menschen.»

Dieser Dialog führe einerseits zu direkten Resultaten zugunsten der Interessen der reaktionären Opposition und der Unternehmergruppen und zum Verlust von Arbeits-, Gewerkschafts- und politischen Rechten der Arbeiter*innenklasse und von revolutionären Organisationen. Typische Beispiele dafür seien die zunehmende Kriminalisierung von Arbeiter*innenkämpfen, die zu ungerechtfertigten Inhaftierungen einer beträchtlichen Anzahl von Gewerkschaftern geführt hat, oder auch die jüngsten Angriffe auf die Politischen- und Wahlrechte der Kommunistischen Partei Venezuelas (PCV) und der «Revolutionären Volksalternative» (APR) im Rahmen der Bekanntgabe der Kandidat*innen für die bevorstehenden Kommunalwahlen am 21. November.

QUELLE: UNSERE ZEIT, ZEITUNG DER DKP

FORTSETZUNG VON SEITE 9



KPÖ-Genosse Robert Krotzer, 34, ist seit 2017 im Grazer Stadtrat für die Bereiche Gesundheit und Pflege zuständig. Er war viele Jahre in der Kommunistischen Jugend und in der Studierendenbewegung tätig. Bild: graz.at

und überwinden. Aus dem Kompass des Marxismus heraus sind wir immer gegen jede Form von Ausgliederung und gegen jede Form von Privatisierung. 2004 konnten wir den gedachten Verkauf der Gemeindefunktionen durch eine Volksbefragung verhindern. Das war ein riesiger Erfolg. In Berlin wurde 2004 genau der umgekehrte Weg gegangen: Zehntausende Sozialwohnungen wurden damals an private Immobilienkonzerne verkauft. Für uns heisst Marxismus auch Bewegung von unten aufzubauen. Zum Beispiel geben wir eine Zeitung für Gesundheitsbeschäftigte heraus, die wir an alle Pflegeheime und Spitäler verteilen. Denn wir wollen auch eine gewerkschaftliche Organisation und Kämpfe von unten stärken.

Wie sehr ist das, was die KPÖ in Graz macht auf andere Regionen übertragbar?

Man kann die Frage ganz konkret mit Salzburg beantworten: Dort sind die Wohnfrage und die Frage der Gehälter der Politiker*innen von den Genoss*innen sehr gut thematisiert worden. Damit gelang der Einzug in den Gemeinderat. Der Genosse Kay-Michael Dankl, der auch gewählt wurde, macht Sozialberatung und eine sehr gute Medienarbeit. In Salzburg passiert vieles im Bereich der Verankerung und ich bin daher optimistisch, dass diese Arbeit auch bei der nächsten Gemeinderatswahl honoriert wird. Von daher ja, es ist übertragbar. Es braucht dann auch die Leute mit dem richtigen Riecher und den entsprechenden Einsatz. Von Bedeutung ist, dass man den Leuten auf Augenhöhe begegnet, dass man sich wirklich mit ihren Problemen und Sorgen beschäftigt und wie man Wege findet, dass man weiterhelfen kann. Das ist die Grundvoraussetzung. Kluge Texte schreiben ist auch wichtig. Aber das wird wohl nicht dazu beitragen, dass

die Menschen sagen: Ja, der schreibt so gute Texte, die Partei wählen wir jetzt. Wichtig sind die Handlungen, die Tätigkeiten, dann sagen die Menschen: Ja, die haben mir geholfen, die haben mir nützliche Tipps gegeben, dort habe ich mich ernst genommen gefühlt. Das wird dann auch weitererzählt.

Wie ist die Entwicklung der Partei in Sachen Mitgliederzahlen?

Wir sind traditionell nicht die grösste der Parteien. Bis vor etlichen Jahren waren wir sogar eine relativ kleine Partei, in der die Genoss*innen, die dabei waren, einfach sehr fleissig waren, intensiv gearbeitet haben und sich um sehr viele Kontakte bemüht haben. Ich war einmal in Paris auf Einladung der dortigen Bezirkssektion der französischen KP, weil wir in Graz so gute Wahlergebnisse erzielt hatten. Als ich dort sagte, wie viele Mitglieder wir haben, konnten die Genoss*innen es überhaupt nicht fassen, dass wir so wenige waren. Wir hatten schon vor dem Wahlerfolg vom 26. September sehr viele Anfragen für die Mitgliedschaft. Und zwar mehr als wir aktuell bewältigen können. Es wird jetzt auch einige Wochen dauern, bis wir all die Leute einladen können, um sich kennenzulernen und Fragen zu diskutieren wie: Was machen wir als Partei? Kann sich jemand auch wirklich vorstellen, aktiv zu werden und bei uns mitzumachen? Für uns ist immer ganz wichtig, dass die KPÖ eine Organisation bleibt, in der man aus inhaltlicher Überzeugung dazukommt und keineswegs, um Karriere zu machen. Das ist in all den Jahren und Jahrzehnten der Schlüssel zum Erfolg gewesen. Und wir pflegen einen sehr freundschaftlichen Umgang, sowohl nach innen wie nach aussen. Das ist etwas Unverzichtbares.

Mit drei von sieben Stadträten ist die KPÖ definitiv keine Opposition mehr. Ist dies ein Problem? Und wie geht es jetzt konkret weiter?

Wir sind schon länger in unterschiedlichen Bereichen in Regierungsverantwortung. Aufgrund des Proporzsystems hatten wir immer Ressorts, für die wir zuständig waren, beziehungsweise sind. Sehr lange das Wohnungsamt, zuletzt hatte Elke das Verkehrsressort, ich die Gesundheit und Pflege übernommen. Wir hatten zuvor auch die Zuständigkeit für die Bau- und Anlagebehörden und für die städtischen Wirtschaftsbetriebe. Es ist uns in einem günstigen historischen Fenster gelungen, das Zünglein an der Waage zu sein. Was es uns damals 2015 und 2016 ermöglicht hat, sehr vieles durchzusetzen: Der Bau von 500 Zusätzlichen Gemeindefunktionen, einer vergünstigten Jahreskarte für die Verkehrsbetriebe, der Erhalt von Grünflächen, keine Privatisierungen etc. So gesehen gibt es Erfahrungen, jedoch nicht in Form einer Koalition, in der wir Teil eines politischen Kuhhandels waren. Jetzt ist die Fragestellung natürlich etwas anders. Nach den Statuten der Stadt hat die stärkste Partei den Anspruch auf das Amt der Bürgermeisterin. Das setzt allerdings voraus, dass sie im Gemeinderat mehrheitlich gewählt wird, was wiederum eine Übereinkunft mit anderen Parteien voraussetzt. Wir sind im Gespräch mit den Grünen, die auch stark dazugewonnen haben und der Sozialdemokratie, die um die zehn Prozent der Stimmen erhalten hat. Wir hoffen, dass es zu einem tragfähigen Bündnis kommen wird. Das Ganze mit dem Anspruch, den Elke so formuliert hat: «Wir wollen ein freundlicheres Graz. Wir wollen ein sozialeres Graz, wir wollen ein ökologischeres Graz.» Es wird Räder geben, an denen man schneller drehen kann, und es wird Räder geben, an denen es schwieriger werden wird.

Die Kohle wird knapp, die Preise steigen

flo. Seit Beginn 2021 sind die Kohlepreise explodiert. Für die Massen bedeutet das vermutlich steigende Heizkosten und sinkende Lebensstandards. Für das Kapital sind die Preisexplosionen vor allem eine neue Profitmöglichkeit und die Umwelt wird weiter zerstört.

Was täten wir nur ohne die ganzen Ökonom*innen, die uns unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Objektivität pure Ideologie servieren. So erklärte kürzlich Marcel Fratzscher in der Zeitung «Die Zeit», dass eine Preissteigerung bei den fossilen Brennstoffen, eine grüne Inflation also, nötig sei, um einen ökologischen Umbau der Wirtschaft zu forcieren und den Klimawandel zu stoppen. Daher müsse man die Subventionen für Kohle, Heizöl und Gas streichen. Zwar, so erklärt Fratzscher, würde das besonders einkommensschwache Familien treffen. Doch, so seine Argumentationsakrobatik, hätten Armutsbetroffene ein besonders grosses Interesse den Klimawandel aufzuhalten, da sie sich nicht von seinen Folgen freikaufen können.

Die traurige Konsequenz dieser Logik: Die alleinerziehende Mutter unter der Armutsgrenze kann sich so am Ende des Monats noch weniger leisten, wenn sie sicherstellen will, dass sie und ihre Kinder nicht frieren müssen. Dass hier an einem Umbau der Wirtschaft vor allem im Sinne der Reichsten gewerkelt wird, darf aber nicht davon ablenken, dass Fratzschers Ziel schon erreicht scheint – zumindest, was Kohle angeht. Und davon profitieren nicht die Massen, sondern vor allem Spekulant*innen und Ressourcenkonzerne.

Geliebte Preis«wahrheit»

Solche Modelle suggerieren, dass ein Produkt ein tieferer innerer Wert beiwohnt. Der Preis eines Guts kann so quasi durch die Summierung aller dadurch entstehenden Folgekosten, ob materiell oder immateriell, bestimmt werden. Wir Marxist*innen wissen aber, dass der Preis eines Guts (oder eben der Tauschwert, wie Marx ihn im Kapital bezeichnet) Folge sozialer Prozesse ist. Und die aktuelle Entwicklung sorgt für einen massiven Anstieg im Bereich der Preise für Erdgas und in einem noch viel stärkerem Umfang für Kohle. Der Preis von Erdgas hat sich im letzten Jahr verdoppelt, der von Kohle ist von 40 auf 240 Dollar pro Tonne gestiegen. Nachdem die Lockdowns in den Industrienationen wieder gelockert worden waren, die Wirtschaft wieder anlief, wurde deutlich wie schlecht vorgeplant worden war: Die Kohle wurde knapp, die Preise stiegen. Länder wie China reagierten auf den Mangel mit einem Ausfuhrverbot eigener Kohle, was die Preise noch weiter anwachsen liess. Für Millionen und Abermillionen Menschen wird dieser Winter besonders hart.

Die Folge, die Ökonom Fratzscher nicht kommen sah: An der Preisexplosion wollen Energieunternehmen natürlich verdienen. So übernahm der Glencore-Präsident Gary Nagle (Glencore ist neben Chinas und Indiens staatlichen Energiekonzernen der grösste Kohleförderer der Welt) mit seinem Amtsantritt im Juni gleich noch einige kolumbianische Kohleminen (siehe Artikel nebenan). Es ist ein hoch-einträgliches Geschäft für den Ressourcenkonzern. Die marktwirtschaftliche Hoffnung, dass höhere Preise für ein Ende der fossilen Brennstoffe und nicht zu verstärkter Förderung führen, scheitert an der Realität. Die Profitmöglichkeiten für das Kapital bleiben, die Umwelt wird weiter zerstört. Der einzige Unterschied: Arbeiter*innen werden finanziell stärker belastet, wenn sie im Winter heizen wollen. Angesichts des sinkenden Lebensstandards im Fahrwasser der Verschärfung der aktuellen ökonomischen Krise seit März 2020 ist ein solches Vorhaben äusserst fragwürdig und problematisch zugleich.

Die Kosten den Massen

Die Logik hinter solchen marktwirtschaftlichen Ansätzen ist stets dieselbe: Die Profite der Energiekonzerne werden zwar mit Ausbeutung von Mensch und Natur geschneidert, am Schluss sollen aber über die Preise wieder die Massen für diesen Raubbau aufkommen. Der Konsum soll rein über den Preis gesteuert werden, irgendwelche Massnahmen für die produzierende Seite (ausser ein Ende der Subventionen, was den Preisanstieg verstärken soll) sind nicht vorgesehen. Zynisch ist ein solcher Vorschlag vor allem, weil die Schaffung bezahlbarer Alternativen, was das Heizen angeht, gar nicht angedacht werden. Und beim Heizen des eigenen Heims handelt es sich in aller Regel eben nicht um eine verzichtbare Luxusausgabe. Während also die Lebenshaltungskosten steigen, die Kaufkraft sinkt, wird auf einen «green new



Die Kohlepreise explodieren. Das bietet den Energieunternehmen neue Profite. Die Menschen leiden jedoch massiv darunter. Bild: zVg

deal» gezielt, der die Arbeiter*innenklasse vor allem kostet. Was dieser Logik zufolge in Ordnung geht, weil die Werktätigen ja auch am meisten unter den Profiten einer winzigen Minderheit leiden würden.

Nicht weniger als Planwirtschaft

Es wird deutlicher als wir Kommunist*innen es uns nach Jahrzehnten der Niederlagen und Demoralisierung hätten vorstellen können: Das kapitalistische System – somit der freie Markt – ist nicht vereinbar mit der langfristigen Sicherung unseres Überlebens auf der Erde. Und marktwirtschaftliche Ansätze verschlimmern die aktuelle Situation nur noch. Sie verarmen die Massen zusätzlich, während die Energiemagnate weiterhin Milliarden machen und unsere Lebensgrundlagen vernichten. Weder dürfen wir Lösungen im Interesse des Kapitals noch die kleinsten Kompromisse mit der Bourgeoisie akzeptieren. Jahrzehntlang setzte die Bourgeoisie alles daran, um gesellschaftsfähig zu machen, dass nur Hippies und Spinner an den Klimawandel glauben. Studien wurden gefälscht, Zeitungen gekauft,

Lobbyist*innen ausgeschickt. Dann ging man dazu über den Klimawandel anzuerkennen, doch tat so, als seien die extremen Wetterereignisse ganz normal und die Schuld des Menschen daran nicht im Entferntesten belegbar. Die «Lösungen», die nun präsentiert werden, sind untauglich. Sie gehen die grössten ökologischen Probleme des Kapitalismus, der Zwang zu schrankenloser Akkumulation beispielsweise, nicht im Geringsten an. Und sie stellen das Erreichen des Ziel der Verhinderung einer ökologischen Katastrophe hinter den Profiten des Kapitals an.

Der Weg aus diesem Debakel kann nur eine Planwirtschaft sein, die die Bedürfnisse der Massen ins Zentrum stellt und zum obersten Prinzip der kollektiven demokratischen Planung erhebt. Wenn nicht nur für den Profit einer winzig kleinen Gruppe von Kapitalist*innen produziert wird und der kapitalistische Zwang zum ewigen Wachstum fällt, dann ist es möglich, unseren ökologischen Untergang abzuwenden und die weltweite Armut zu bekämpfen – und nicht noch zu verschlimmern.

Das lukrative Kohlegeschäft

ltn. In Kolumbien betreibt Glencore die Kohlemine El Cerrejón. Die Bevölkerung und die Umwelt leiden seit Jahrzehnten an den Folgen des Kohleabbaus. Die Mine verseucht das Wasser und vergiftet Körper und Boden. Nun will Glencore sein Geschäft weiter ausbauen.

In der riesigen Tagebau-Mine El Cerrejón werden jährlich rund 30 Millionen Tonnen Steinkohle abgebaut. Mit 69 000 Hektaren, einer Fläche so gross wie der Kanton Glarus, gehört sie zu den grössten Kohleminen der Welt. Der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore besass seit 2002 ein Drittel der Mine. Am 28. Juni 2021 verkündete der Konzern, die Anteile an der Mine der Broken Hill Proprietary Company (BHP) und Anglo American für einen Preis von insgesamt 588 Millionen US-Dollar zu übernehmen und damit die Mine künftig allein zu betreiben.

Gravierende Umwelt- und Gesundheitsprobleme

Die lokale Bevölkerung kämpft seit Jahrzehnten gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch die Cerrejón-Mine. Bei der Kohleförderung gelangen Feinstaubemissionen in die Luft. Diese winzigen Partikeln enthalten Schwermetalle. Beim Einatmen gelangen sie in den Körper. Sie verursachen bei der Lokalbevölkerung seit langem Atemwegserkrankungen sowie Herz-Kreislaufbeschwerden und weitere Gesundheitsprobleme. Der Fluss Ranchería ist die Hauptwasser-

versorgung der rund 450 000 Menschen in der Region. Durch Abwasser der Mine gelangen Schwermetalle und Chemikalien ins Wasser. Messungen des Flusswassers zeigen hohe Anteile an zahlreichen Giftstoffen und massiv erhöhte Werte von Quecksilber. Ist man diesen Substanzen über längere Zeit ausgesetzt, kann es zu Hirn- oder Nervenschäden sowie Nierenversagen führen. Des Weiteren verbraucht der Bergbau enorm viel Wasser. In der ohnehin trockenen Region ist so Landwirtschaft kaum mehr möglich. Viele leiden daher an Unterernährung.

Das grosse Geschäft mit der Kohle

Infolge der Klimakatastrophe verkündigten zahlreiche Konzerne ihren Ausstieg aus der Kohleförderung. Glencore hingegen expandiert sein Kohlegeschäft: Neben Cerrejón besitzt der Konzern seit Juni 2020 auch in Australien zu 100 Prozent eine Mine. Im vergangenen Jahr förderte Glencore weltweit 106,2 Millionen Tonnen Kohle. Mit der vollständigen Übernahme der Cerrejón-Mine kommen jetzt weitere rund zwanzig Millionen Tonnen pro Jahr dazu. Schaut man sich den Kohlepreis an, ist

klar wieso: Der Kohlepreis am Weltmarkt ist in letzter Zeit rasant angestiegen – im vergangenen Jahr um rund 329 Prozent (siehe auch Artikel oben). Das führte zu einem Preis von über 240 US-Dollar pro Tonne. Glencore will nochmals richtig viel Profit machen, bevor zukünftige Regulierungen den Kohleabbau einschränken oder gar verhindern.

Kohle-Lobbyist an der Spitze

Der Ausbau der klimaschädlichen Kohleförderung hängt auch mit einem kürzlichen Wechsel an der Spitze des Konzerns zusammen: Seit dem 1. Juni 2021 ist Gary Nagle neuer CEO des Rohstoffkonzerns. Nagle war zuvor Kohle-Chef bei Glencore. Auch unter Nagle ist damit zu rechnen, dass in den nächsten Jahren weitere schwere Menschenrechtsverletzungen des Rohstoffkonzerns aufgedeckt werden. Für die Profitmaximierung auf Kosten von Mensch und Umwelt soll der neue CEO fürstlich entlohnt werden: bis zu einer Million US-Dollar pro Monat soll er erhalten – das hat der Verwaltungsrat kürzlich beschlossen.

WEITERE INFOS:
KONZERN-INITIATIVE.CH

Folgen einer verpfuschten Impfkampagne

Andreas Boueke. **Lateinamerika galt lange als Hotspot der globalen Coronakrise. Das hat sich geändert, weil die Impfkampagnen in Ländern wie Chile, Uruguay und Kuba erfolgreich verlaufen. In Guatemala hingegen prägen leere Impfzentren und überfüllte Krankenhäuser das Bild.**



Seit Beginn der Pandemie bitten immer mehr Menschen auf der Strasse um Almosen. Bild: Andreas Boueke

«Bei uns kann die Impfkampagne nicht so schnell umgesetzt werden wie in Europa», sagt der guatemaltekische Arzt Eric Muñoz, der seit Monaten an der Koordination des sehr langsam voranschreitenden Impfprojekts beteiligt ist. «Natürlich haben wir keine so gut ausgebaute Infrastruktur, aber vor allem haben wir zu wenig Impfstoff. Es gab einen Vertrag zum Kauf des russischen Impfstoffs Sputnik. Aber der wurde nicht wie vereinbart geliefert.»

Wenig Vertrauen vorhanden

Zwar hatte das guatemaltekische Gesundheitsministerium frühzeitig einen fragwürdigen Vertrag über acht Millionen Impfdosen mit der russischen Firma Human Vaccine geschlossen und dafür rund sieben Millionen Euro im Voraus gezahlt. Doch auch Monate später sind die vereinbarten Mengen Impfstoff noch nicht geliefert. In den guatemaltekischen Medien wird spekuliert, einige hochrangige Staatsangestellte hätten bei diesem Geschäft grosse Summen in die eigenen Taschen gesteckt. Doktor Muñoz jedenfalls muss weiterhin vorwiegend Impfstoff einsetzen, den Guatemala von Nationen wie Israel, Kanada und den USA gespendet bekommt. «Die reichen Länder bekommen den Impfstoff zuerst. Ärmere Länder wie wir sind auf Spenden angewiesen. Ich vermute, es wird noch zwei Jahre dauern, bevor wir der gesamten Bevölkerung ein Impfangebot machen können.»

Vermutlich wird noch mehr Zeit vergehen, bevor sich ein Grossteil der Bevölkerung davon überzeugen lässt, sich impfen zu lassen. Rund die Hälfte der Menschen in Guatemala sind direkte Nachkommen eines indigenen Volkes. Seit Jahrhunderten sind die Mayas daran gewohnt, dass ihnen die Nachfahren der europäischen Kolonisatoren neue Krankheiten, grausame Massaker und hinterhältige Ausbeutung bringen. Es ist wenig verwunderlich, dass viele dieser Menschen den Erkenntnissen der modernen Wissenschaft nicht trauen. Vor allem in den abgelegenen Regionen des Landes müsste mit der notwendigen Sensibilität und in den indigenen Sprachen Aufklärungsarbeit geleistet werden. Das passiert aber nicht.

Fragwürdige Statistiken

Bei einer Bevölkerung von fast 17 Millionen sind in Guatemala offiziell bisher weniger als 15 000 Menschen an Covid gestorben. Doch selbst der vom Gesundheitsministerium angestellte Arzt Eric Muñoz liest diese Statistik mit Skepsis: «Ich vermute, dass nicht alle Erkrankungen und auch nicht die genaue Zahl der Toten registriert wird. Wir wissen, dass es in den Provinzen viele Todesfälle gab, die nicht als Covid-Erkrankungen gemeldet wurden. Mit Sicherheit sind sehr viel mehr Menschen an Covid gestorben als in den offiziellen Berichten steht.»

Auch die Sterblichkeit auf Grund anderer Faktoren steigt deutlich, ohne dass es dazu vertrauenswürdige Zahlen gäbe. Doktor Muñoz bestätigt, dass viele Krankheiten seit Beginn der Pandemie überhaupt nicht mehr behandelt werden: «Es gibt nicht genug Gesundheitspersonal. Die öffentlichen Krankenhäuser arbeiten am Limit. Es fehlt an Ärzt*innen, Krankenpfleger*innen und Hilfspersonal. Viele Leute

kommen nicht mehr zur Arbeit, aus Angst sich anzustecken.» In den ländlichen Regionen des Landes sind Covid-Impfstoffe noch immer Mangelware. Ganz anders sieht es in Guatemala-Stadt aus. Dort bilden sich vor den zahlreichen Impfzentren schon lange keine Warteschlangen mehr, obwohl selbst Zwölfjährige geimpft werden können. Offenbar haben die meisten impfwilligen Hauptstädter*innen zumindest ihre erste Dosis erhalten.

Die Ärmsten

Hätte ein Grossteil der guatemaltekischen Bevölkerung die anfangs sehr strikten Massnahmen der sozialen Distanzierung monatelang befolgt, wäre die Ausbreitung des Virus wahrscheinlich viel besser kontrolliert worden. Doch auch in Guatemala wird die Pandemie von einer Wirtschaftskrise begleitet, erklärt Doktor Muñoz: «Die ärmsten Bevölkerungsschichten sind am meisten betroffen. Viele bedürftige Menschen gehen auf die Strasse und bitten um Almosen. Sie brauchen vor allem Nahrungsmittel. Viele haben ihre Arbeit verloren. Das hat den Druck auf die Regierung erhöht, die Massnahmen abzuschwächen.»

Tatsächlich wäre es für einen Grossteil der verarmten Bevölkerung unmöglich gewesen, die Massnahmen der sozialen Distanzierung lange strikt durchzuhalten. Das sieht auch der junge Mann Saturnino Colindres so, der gerade seine zweite Impfung bekommen hat. Jetzt sitzt er auf einem wackligen Plastikstuhl und wartet, bis eine viertel Stunde vorüber ist. Dann wird er wieder Süßigkeiten an Bushaltestellen verkaufen. «Es ist schlimmer, zu Hause zu bleiben und Hunger zu ertragen, als sich auf der Strasse dem Virus auszusetzen. Die Leute müssen ihr tägliches Brot verdienen. Für mich ist die Pandemie einfach nur ein weiteres Risiko unter vielen, denen ich mich jeden Tag aussetze.»

Das Geschäft mit dem Verkauf von Kaugummis und Lutschern läuft schlecht für Saturnino Colindres. Den anderen Strassenverkäufer*innen geht es auch nicht besser. Ein paar Stühle weiter sitzt der Autowäscher Byron Israel. Vor zwei Jahren hatte er noch eine feste Anstellung. Jetzt schlägt er sich mit Gelegenheitsjobs durch. Als sein Arbeitgeber das Unternehmen dicht gemacht hat, musste er sich dem sogenannten informellen Sektor anschliessen. Die Arbeitslosigkeit in Guatemala liegt Angaben des Arbeitsministeriums zufolge bei knapp drei Prozent. Die Aussagekraft dieser Zahl ist gering, wenn man in Betracht zieht, dass schon vor der Pandemie über drei Viertel der arbeitenden Bevölkerung keinerlei Sozialversicherung hatten und auch keine Einkommenssteuer zahlten. Viele dieser Menschen bringen ihre Familien mit weniger als fünf Euro am Tag durch, sagt Byron Israel: «Der Lebensstandard in unserem Land ist durch die Pandemie noch weiter gesunken. Viele Firmen haben zu gemacht. Deshalb gibt es keine Arbeit mehr.»

Mehr Hunger

Zu Beginn der Coronakrise sah es noch so aus, als würden die Massnahmen und der Stillstand in vielen Bereichen der Wirtschaft dazu führen, dass schon bald mehr Menschen an Hunger sterben werden als an der Krankheit Covid. Heute ist sich Doktor Muñoz nicht mehr sicher, ob er ein solches trauriges Ergebnis der Pandemie auch jetzt noch voraussagen würde: «Wir sind schon lange ein Land, dass mit weit verbreiteter Unterernährung lebt. Mit der Pandemie ist das schlimmer geworden. Wir haben keine aktuellen Daten, aber ich bin mir sicher, dass der Hunger in Guatemala zur Zeit besonders weit verbreitet ist.»

Fest steht, dass die wirtschaftliche Krise dazu geführt hat, dass immer mehr Kinder an Unterernährung leiden. In den vergangenen Monaten hat sich die Zahl der gezählten minderjährigen Hungertoten verdoppelt. Diese Entwicklung macht der Kinderkrankenschwester Sofia Quetzada besonders grosse Sorgen: «Die Unterernährung hat zugenommen, weil Covid und die Impfungen jetzt prioritär behandelt werden. Aber wir dürfen die vielen anderen sozialen Probleme nicht einfach vergessen.»

Nachhaltiges Kuba. Vortrag und Diskussion mit Marcel Kunzmann. Wie setzt Kuba die Agenda der nachhaltigen Entwicklung unter den Bedingungen der US-Blockade um? Wie verträgt sich die ökologische Landwirtschaft in Kuba mit seinem wachsenden Bedarf an Lebensmitteln? Wo steht Kuba bezüglich der Energierevolution? Wie bewältigt Kuba die aktuelle Pandemie und deren wirtschaftliche Folgen? Der deutsche Journalist Marcel Kunzmann hat in Jena und Havanna Politik, Geschichte und Volkswirtschaft studiert und ist ein profunder Kenner der kubanischen Geschichte und Gegenwart.

29. OKTOBER 2021, 19 UHR, BREITSCH-TRÄFF, BREITENRAINPLATZ 27, 3014 BERN, MASKENPFLICHT
30. OKTOBER 2021, 19 UHR, CAFÉ BOY, ROSA LUXEMBURG SAAL, KOCHSTRASSE 2, 8004 ZÜRICH, COVID-ZERTIFIKAT
31. OKTOBER 2021, 16 UHR, KLÛCK, QUARTIER-TREFF, KLEINHÜNINGERSTRASSE 205, 4057 BASEL, MASKENPFLICHT

Seaspiracy. Ein vom Meer begeisterter Filmemacher entdeckt bei seinen Nachforschungen über die Auswirkungen der Menschen auf die Meeresbewohner eine Verschwörung globalen Ausmasses. Der Dokumentarfilm beschäftigt sich mit den alarmierenden Wahrheiten über die weit verbreitete Umweltzerstörung unserer Ozeane durch menschliches Verhalten. Der Filmemacher Ali Tabrizi untersucht in dem Film die Schäden, den Menschen den gefährdeten Meeren zuzufügen. Von Kunststoffen und Fanggeräten, die das Wasser verschmutzen, über irreparable Schäden durch Grundschieppnetze und Beifänge, bis hin zu illegalem Fischfang und verheerenden Jagdpraktiken. Im Anschluss ein Gespräch unter anderem mit Klaus Gaar von «Sea Shepherd».

MITTWOCH, 3. NOVEMBER, 19.30 UHR, ROTE FABRIK (CLUBRAUM), ZÜRICH

Weltkobanetag 2021. Widerstand heisst leben! Kobanê. Der Name dieser Stadt in Rojava steht heute als Synonym für Hoffnung und Widerstand. Die bewaffnete Bevölkerung von Kobanê schlug 2014 nach monatelangen Kämpfen den «Islamischen Staat» zurück. Kobanê steht für die Verteidigung von Menschlichkeit und die feste Entschlossenheit, dass eine revolutionäre Perspektive inmitten dieser Zeit der Kriege und des erstarkenden Faschismus aufgebaut werden kann. Neben einer grossen Demonstration gibt es auch ein politisches und kulturelles Programm.

SAMSTAG, 6. NOVEMBER, DEMONSTRATION, 14 UHR, DE-WETTE PARK, BASEL

Demo. Auf die Strasse gegen Landraub und Unterdrückung statt. Multinationale Konzerne wie Glencore, Nestlé und internationale Banken sind verwickelt in Landraub und Unterdrückung auf der ganzen Welt. Die Konzerne und Banken machen sich die Tatsache zunutze, dass es sich jeweils um Länder mit korrupten Regierungen und oft auch militärischen Konflikten handelt.

SAMSTAG, 13. NOVEMBER, 13.30 UHR NI UNA MENOS PLATZ (EHEMALS HELVETIAPLATZ), ZÜRICH. DIE DEMO IST BEWILLIGT.

Komm&iss. Jeden 3. Montag im Monat organisiert die Partei der Arbeit (PdA) das Politessen «Komm&iss». Das Treffen bietet allen Interessierten ab 18:30 Uhr eine Gelegenheit, sich über tagesaktuelle politische Themen auszutauschen, oder einfach einen gemütlichen Abend in angenehmer Umgebung zu geniessen. Sowohl das Essen wie auch die gute Gesellschaft sind kostenlos. Endlich wieder, wir freuen uns.

MONTAG, 15. NOVEMBER, AB 18.30 UHR, MOZAIK, HARDSTRASSE 35, ZÜRICH

Neue Normalität: Krise?! Referate, Workshops und Podiumsdiskussionen zur Klimakrise, zu Wachstumskritik, progressiver Wirtschafts- und Steuerpolitik, Transformationsperspektiven, Demokratie und Staat. Die Pandemie ist noch immer da – und sie wird auch nicht so rasch verschwinden. Gleichzeitig wächst der Wunsch nach einer Rückkehr zur Normalität. Was aber bedeutet Normalität, wenn man sich die gesellschaftlichen Spaltungen, sozialen Ungleichheiten, die geopolitischen Spannungen und insbesondere auch die existenzielle Herausforderung der Klimaerwärmung vor Augen führt? Die sozial-ökologische Vielfachkrise scheint die neue Normalität zu sein. An der Tagung steht die Frage im Zentrum, wie mit dieser Situation umzugehen ist. Weitere Infos und Anmeldung: denknetz.ch

SAMSTAG, 20. NOVEMBER 2021, 10 BIS 18 UHR, HOTEL BERN, ZEUGHAUSGASSE 9, BERN

KURZ und SCHNURZ

Furcht und Elend des Kapitalismus: Viele lieben es, in der Beiz, am Arbeitsplatz und in öffentlichen Diskussionen über Korruption, Politik und Wettbewerb in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu lästern. Wagt aber jemand vorzuschlagen, das Übel an der Wurzel zu packen und den Kapitalismus mit all seinen gravierenden Konsequenzen einfach abzuschaffen, kommen Hektik und Panik auf und man wechselt hurtig zu einem banalen Thema.

DAB